

Ueber 31000 tschechische Bergarbeiter im Streit

Der Streik hat auf das Mährisch-Osttrauer Revier übergreifen — Niederschlesische und obererschlesische Kameraden, übt aktive Kampfesolidarität!

Prag, 29. März. (Eig. Drahtber.) Heute hat der Bergarbeiterstreik gegen Massenentlassungen und Lohnabbau in der Tschechoslowakei auf das Mährisch-Osttrauer Gebiet übergreifen, wo sich zwölf Gruben mit über 10 000 Bergarbeitern im Kampf befinden. Das Revier wurde von Wendarmerie besetzt. Im Prager Revier ist der Streik fast vollkommen. Heute abend streikten schon 71 Schächte mit 21 000 Bergarbeitern. Der Kampf ist angesichts der gesteigerten Kriegsgefahr von besonderer Bedeutung.

Nordböhmens Bergarbeiter im Streit gegen Entlassung und für Lohnerhöhung

Vom Sekretariat des internationalen Komitees der Bergarbeiter wird mitgeteilt:

Alle Versuche der sozialfaschistischen Bürokratie der reformistischen Bergarbeiterorganisationen der Tschechoslowakei, die Einheitsfront der Bergarbeiter zu verhindern, sind täglich gescheitert. Unter der entschlossenen Führung und zähen Arbeit des revolutionären „Industrieverbandes der Bergarbeiter“ haben am Mittwoch und Donnerstag der letzten Woche die Bergarbeiter Wehrens den Streik begonnen. Wie eine Lawine entwickelte sich die Front der Streikenden; von einem Schacht zum anderen zogen die Kämpfenden, denen sich immer neue Schächte und Bergarbeiter anschlossen. Gegen die elementare Gewalt der Massenbewegung war selbst die Polizei und Gendarmerie machtlos.

Gegenwärtig, wo diese Zeilen geschrieben werden, stehen auf annähernd 30 Gruben mehr als 15 000 Bergarbeiter im Streit.

Der Streik der nordböhmischen Bergarbeiter ist der Ausdruck der Empörung des tschechischen Bergarbeiters gegen die unerbittliche Ausbeutung der letzten Jahre und die immer mehr gesteigerten Verhältnisse der tschechischen, im Dienste der französischen Imperialisten lebenden Arbeiter gegen die Sowjetunion. Die gewaltigen Märsche der tschechischen Arbeiter vorläufigen Widerstandes von Zimmern, die aus den Reihen der Bergarbeiter herausgehört werden müssen. Deshalb werden die Löhne herabgesetzt, die Ausbeutung verschärft, um immer höhere Gewinne zu erzielen.

Im Laufe der letzten sechs Jahre wurde die Zahl der beschäftigten Bergarbeiter von 40 000 auf 30 000 abgebaut. Die Leistung des einzelnen Bergarbeiters von 17,92 Tonnen auf 21,68 Tonnen gesteigert. Bei gesteigerter Leistung wurden die Löhne abgebaut.

Im Jahre 1930 betrug der Nachschuß des nordböhmischen Bergmanns nur etwa 70 Prozent des Lohnes von 1929.

Im letzten Jahre (1931) ist er um weitere 30 Prozent gesunken.

Während der Zeit von 1924 bis 1931 wurden die Familien der Bergarbeiter immer größer. Während die Gewinne der Grubenbesitzer im Jahre 1924 wuchsen die nordböhmischen Gruben ihren Kapitalisten eine Summe von 17 212 870 tschechischen Kronen als Dividenden. Im Jahre 1930 betrug die Summe auf 37 272 700 tschechische Kronen. In den Jahren von 1924 bis 1930 wurden in der tschechischen Industrie 150 Millionen Kronen als Dividenden ausgeschüttet. In derselben Zeit stieg die Zahl der getöteten und verletzten Bergarbeiter um mehr als 30 Prozent.

Die Arbeiter fordern die Bergarbeiter in den Kampf zu führen. Die weiteren Entlassungen zu verhindern und eine Lohnerhöhung durchzusetzen. Das hat sich zur Aufgabe gemacht der „Industrieverband der Bergarbeiter“. Unter seiner Führung wurden die Bergarbeiter der einzelnen Gruben mobilisiert, Einheitskomitees zur Führung des Kampfes gegründet mit dem Hauptzweck auch aus den reformistischen Verbänden und dem Unorganisierten zu bestehen. Die reformistische Bürokratie der „Bergarbeiter-Union“ wurde durch Ausschüsse der einzelnen Gruben in die Einheitskomitees wählen lassen, was dem Verband die Bildung der Einheitsfront verhinderte. Aber es ist ihr nicht gelungen. Die Kameraden ohne Unterscheidung der Organisationsform haben heute in geschlossener Streikfront.

Der Streik der nordböhmischen Bergarbeiter hat auch noch eine besondere Bedeutung. Die nordböhmischen Kameraden haben während des Streiks der tschechischen Bergarbeiter im Dombrowski Revier alle die Kräfte der Sowjetunion, des gemeinsamen Kampfes gestellt. Die Unterstützung der Internationalen Situation, die Unterstützung der Revolutionäre des gemeinsamen Kampfes in der Verbindung mit dem Streik in Dombrowski und insbesondere auch die Vorbereitung des Kampfes der tschechischen Arbeiter haben zur schnelleren Mobilisierung der tschechischen Arbeiter und zur Steigerung der Kampfkraft, zur Bekämpfung der tschechischen Streikfronten und somit zur Bildung der Einheitsfront beigetragen.

Der Streik der nordböhmischen Bergarbeiter muß die Bergarbeiter in allen Bergrevieren befeuern. In allen Bergrevieren, in allen Bergarbeiterrevieren ist die tschechische Revierbewegung zu befeuern. In allen Bergrevieren, in allen Bergarbeiterrevieren ist die tschechische Revierbewegung zu befeuern. In allen Bergrevieren, in allen Bergarbeiterrevieren ist die tschechische Revierbewegung zu befeuern. In allen Bergrevieren, in allen Bergarbeiterrevieren ist die tschechische Revierbewegung zu befeuern.

Antikriegstag am 6. April

Wählt Delegierte nach der Sowjetunion!

Am 6. April marschieren die Arbeiterklasse in ganz Deutschland unter Führung der revolutionären Organisationen in Kundgebungen und Versammlungen zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg und für die Verteidigung der Sowjetunion.

In diesem Tage gibt es, durch Tausende von Versammlungen und Kundgebungen, durch Tausende von Beschlüssen allen Gegnern

der Sowjetunion, allen offenen Kriegshebern und feigen Pazifisten, von denen man jetzt nichts sieht und hört, zu zeigen, daß die Arbeitermassen auf dem Posten sind. In diesem Tage gibt es auch, insbesondere durch das demonstrative Auftreten in allen Betrieben und Orten, die breiten Massen des arbeitenden Volkes aufzurütteln, die den Ernst der Lage noch nicht erkannt haben.

Zum 6. April ruft der Bund der Freunde der Sowjetunion alle Arbeiter und Angestellten, das wertvolle Volk aller Schichten auf, sich an den Kundgebungen gegen den Krieg und für die Verteidigung der Sowjetunion reiflich zu beteiligen. Unsere Organisationen fordern wir auf, insbesondere in allen Großbetrieben der entscheidenden Industriezweige Versammlungen durchzuführen, in denen konkret zum Kampf gegen die Kriegsrüstungen Stellung genommen wird. Keinen Handgriff und keinen Hammer Schlag für Kriegsproduktion und Kriegstransporte.

In dieser Situation ist die Entsendung von Delegierten aus den Großbetrieben der entscheidenden Industriezweige nach der Sowjetunion mehr denn je auch eine Maßnahme zur Mobilisierung der arbeitenden Massen für die Verteidigung der Sowjetunion. Gerade in Verbindung mit dem Antikriegstag gibt es, in den Großbetrieben die Wahl der Delegation zum 1. Mai zur Durchführung zu bringen, soweit das noch nicht geschehen ist. Ueberall muß in den Betriebsversammlungen zur Wahldelegation nach der Sowjetunion Stellung genommen werden.

Anträge in allen diesen Fragen erteilt der Bund der Freunde der Sowjetunion, Berlin N.W. 7, Dorothienstraße 77/78. Telefon: 3705.

Sieben KPD.-Zeitungen verboten

Das ist die Wahlfreiheit in SPD.-Preußen! — Antwortet auf die Verbotswelle mit verstärkter Werbearbeit!

Düsseldorf, 29. März. (Eig. Drahtbericht.) Am heutigen Tage sind vom Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Fuchs, sieben Parteizeitungen auf einen Schlag verboten. Folgenden Organen des revolutionären Proletariats wurde auf fünf Tage, bis einschließlich 2. April, das Erscheinen untersagt: „Freiheit“, Düsseldorf; „Vergilte Volkstimme“, Remscheid; „Solinger Arbeiter-Stimme“, „Sozialistische Republik“, Köln; „Arbeiter-Zeitung“, Aachen; „Volkstimme“, Koblenz; „Volk-Echo“, Trier. Nach mündlicher Information wird als Verbotgrund ein Artikel angeführt, in dem behauptet wurde, daß Groener und Seevering von der geplanten Ausrüstung der Hitler-Partei mit Reichswehrwaffen bereits vor dem 13. März unterrichtet gewesen seien.

Wir wollen aus naheliegenden Gründen auf die Verbotsbegründung nicht näher eingehen. Aber angeprangert werden muß, wie befehlungslos die herrschende Klasse der kommunistischen Partei die Wahlfreiheit erschwert, nachdem alle anderen Agitationsmöglichkeiten durch den famosen „Diter, burgfrieden“ bereits unterbunden sind.

Wohlgemerkt, das geschieht in SPD.-Preußen! Die arbeitende Klasse muß ihre Sprachorgane mehr wie bisher verteidigen. In den Betrieben und Stempelstellen sind Verteidigungskomitees zu bilden. Die beste Antwort auf die Verbotswelle ist das Monopoment der kommunistischen Presse.

Der Parteitag der trocknistischen Agenten für den Antifowjettkrieg

Sowjetisch-Partei erklärt programmatisch, daß sozialistischer Aufbau in der Sowjetunion unmöglich „Die SWP. hat nur eine kurze eigene Entwicklung“ — SWP.-Arbeiter, kommt zur Partei Lenins, der KPD.!

Berlin. Der weitere Verlauf des Parteitages der Sowjetisch-Partei, und vor allem die Abstimmung über die programmatische Erklärung verläuft nach dem Bild der ersten Verhandlungstage. Die wichtigste Entscheidung der SWP., ihre Stellung zum Fort der Weltrevolution, zur Sowjetunion und zur kommunistischen Internationale, fiel, wie nicht anders zu erwarten, im Sinne der Konterrevolution, im Sinne des Sozialfaschismus und Trocknismus, im Sinne aller Hege zum Antifowjettkrieg aus.

In der sogenannten „Prinzipienerklärung“ der SWP., die an Stelle eines Programms angenommen wurde, heißt es, die SWP. bekämpfe die „antileninistische Politik der KPD. und Komintern“, wonach der „Aufbau des Sozialismus in einem Lande vollendet“ werden könne.

Gegen diese infame trocknistische Lüge, die nur im Interesse der Kriegsheber gegen die Sowjetunion ausgetrieben wird, wandten sich zahlreiche Delegierte, vor allem der alte Ledebour. Vor der Abstimmung über seinen Antrag, diese trocknistische Lüge aus der „Prinzipienerklärung“ zu streichen, rief Ledebour:

„Wir blamieren uns vor der ganzen Arbeiterklasse, wenn wir diesen Satz stehen lassen. Lehnt einmütig diesen trocknistischen Unsinn ab!“

Gegen 16 Stimmen bei 11 Stimmenthaltungen wurde dann der Antrag Ledebour abgelehnt und damit die trocknistische Lüge und Verleumdung zum Programm der SWP. erhoben.

Selbst diese offen feindselige Erklärung gegenüber dem revolutionären Weltproletariat genügt den Konterrevolutionären Agenten der Hindenburg-SWP. noch nicht. Im Namen von 27 Delegierten, d. h. von über einem Viertel des Parteitages, gab Anna Siemssen eine Erklärung ab, daß die angenommene Prinzipienerklärung nur als Diskussionsgrundlage gelten könne. Wenn der Vorstand dies ablehne, sei die Einheit der Partei gefährdet. Anna Siemssen schloß: „Wir hoffen noch (!) immer zu einer Einigung zu kommen, sind aber bereit, eventuell alle Konsequenzen zu ziehen.“

Es ist unter diesen Umständen verständlich, daß der Delegierte Schaber in der Diskussion erklärte: „Die SWP. hat nur eine kurze eigene Entwicklung!“

Auch das Schlusswort Rosenfelds unterstrich die ganze Hoffnungslosigkeit dieses konterrevolutionären Vortrags in den Reihen des revolutionären Proletariats. Wir werden über den Verlauf der Debatte zum Programm sowie zur Statutenberatung noch näher berichten.

Jetzt gibt es sofort allen ehrlichen Massenbewachten Arbeitern der SWP. den Sinn und die Bedeutung der Beschlüsse ihres ersten Parteitages anzuzeigen. Unverhüllt hat sich der Konterrevolutionäre Charakter dieser Partei gezeigt, offen haben sich die Feinde der Sowjetunion entlarvt. Bei diesen Agenten der Kriegsheber gegen das sozialistische Vaterland aller Werktätigen kann und darf kein ehrlicher Arbeiter mehr bleiben. Sein Platz ist in den Reihen der Partei Lenins, der KPD.

Deutsche und tschechische Arbeiter betunden ihre internationale Kampfesverbundenheit

Wärsitz, 29. März. Es wird uns mitgeteilt, daß bei Seidenberg an der deutsch-tschechischen Grenze sich Ostern 3-400 revolutionäre Arbeiter zu einem internationalen Grenztreffen zusammengesunden hatten. Es wurde gegen den imperialistischen Krieg, für die Verteidigung der Sowjetunion demonstriert. Es sprachen je ein Vertreter der KPD. und der SWP. Es wurden Protesttelegramme gegen das Verbot der Roten Hilfe und der Internationalen Arbeiter-Hilfe in der Tschechoslowakei und ein Telegramm an die streikenden nordböhmischen Bergarbeiter geschickt.

Die Kundgebung, getragen von einer revolutionären Begeisterung, wurde unter Abklingen der „Internationale“ geschlossen.

Die rote Einheitsfront

ist die beste Methode

zur Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse.

Millionen sozialdemokratischer Arbeiter

haben im ersten Wahlgang noch für Hindenburg gestimmt. Wir müssen sie für die revolutionäre Klassenfront gewinnen. Das bedeutet, sie in zäher, unermüdlicher Agitationsarbeit aufzuklären und überzeugen

vom Klassenverrat ihrer Führer

Die beste Waffe in der Diskussion, die gleichzeitig auch jedem Genossen Material gibt, um die Arbeiter

von der „Eisernen Front“ der Bourgeoisie loszureißen

ist

„Die rote Einheitsfront“

Die neue Nummer erscheint zum Preise von 10 Pfennig in den nächsten Tagen mit der Stellungnahme zu den aktuellen Fragen.

Heute schon muß jede Betriebszelle, jede Straßenzelle und Ortsgruppe ihren Plan machen und die Adressen zusammenstellen von den sozialdemokratischen Arbeitern, an die sie mit dieser Zeitung herangehen will.

Druckfehlerberichtigung. Der letzte Satz in dem Bericht über den SWP.-Parteitag soll richtig wie folgt lauten: „Nur dann wird es gelingen, die zweifellos ehrlichen und Klassenbewußten SWP.-Arbeiter für den proletarischen revolutionären Befreiungskampf zu gewinnen.“

Gebt für den Kampffonds der KPD!

Sozialismus bedeutet Arbeit und Brot allen Bergarbeitern

In der Sowjetunion Erschließung neuer Kohlenindustrien und Steigerung der Lebenshaltung der Bergarbeiter — In Deutschland Stilllegungen, Massenentlassungen, Lohnabbau und Steigerung der Unfallziffern

Von entscheidendem Einfluß auf die Gestaltung der industriellen Entwicklung eines Landes ist die Entwicklung der Kohlenindustrie. In der Sowjetunion werden die größten Anstrengungen gemacht, die Kohlenproduktion von Jahr zu Jahr in einem stürmischen Tempo zu steigern.

Ganze neue Kohlenindustrien werden aufgebaut.
Im Jahre 1930 wurden 320 Millionen Rubel in der Kohlenindustrie angelegt. Im Jahre 1931 schon 627 Millionen Rubel und im Jahre 1932 werden es 810 Millionen Rubel sein. Ein beträchtlicher Teil dieser Summen entfällt auf technische Verbesserungen aller Art. Im Donetzgebiet, dem größten Kohlenrevier der Sowjetunion, waren 1931 bereits rund zwei Drittel der Produktion mechanisiert. In der gesamten Kohlenindustrie der Sowjetunion mehr als die Hälfte. 1932 sollen annähernd drei Viertel der gesamten Kohlenindustrie mechanisiert sein.

Ständige Steigerung in Sowjetrußland
Die gesamte Kohlenproduktion der Sowjetunion stieg von 48 Millionen Tonnen im Jahre 1930 auf 57 Millionen Tonnen im Jahre 1931, also um rund 19 Prozent. Das Tempo dieser Steigerung hat aber in den letzten Monaten bedeutend zugenommen. Im Januar 1932 wurden gegenüber Januar 1931 um rund 35 Prozent mehr gefördert. Im Februar 1932 wurden insgesamt 5,8 Millionen Tonnen gefördert, d. h. im Vergleich mit dem Februar 1931 ist die Kohlenproduktion um rund 42 Prozent gestiegen. Für das Jahr 1932 ist eine Steigerung der Jahresproduktion auf 90 Millionen Tonnen vorgesehen und damit wäre dann der Fünfjahresplan der Kohlenindustrie programmäßig in vier Jahren durchgeführt.

Überholung der kapitalistischen Produktion
Gegenüber der Vorkriegszeit hat sich die Kohlenproduktion der Sowjetunion im Jahre 1931 beinahe verdoppelt. Von den führenden

Industrielländern des kapitalistischen Westens hat dagegen nur Frankreich seine Produktion gegenüber der Vorkriegszeit im nennenswerten Umfange, und zwar die neu gewonnenen Kohlengebiete mit eingeschlossen, um rund ein Drittel steigern können. 1931 aber ist die französische Kohlenindustrie bei einer Produktion von rund 50 Millionen Tonnen zum ersten Male von der Kohlenindustrie der Sowjetunion an Produktionsumfang überholt worden. Die polnische Kohlenindustrie wurde von der Kohlenindustrie der Sowjetunion bereits 1930 überholt. Die Sowjetunion ist damit gegenwärtig unter den Kohlenproduktionsländern der Welt an die vierte Stelle gerückt. Der zweite Fünfjahresplan sieht eine Steigerung der Kohlenproduktion bis 1937 auf mindestens 250 Millionen Tonnen im Jahre vor. Damit würde die Sowjetunion den führenden Platz in der europäischen Kohlenindustrie einnehmen. Diese Zahl ist nicht nur durchaus real, sondern bedeutet trotz ihrer Größe nur einen Bruchteil dessen, was sich aus den gewaltigen noch unererschloffenen

Kohlenerschätze der Sowjetunion
in Zukunft herauszuholen läßt. In Zentralasien, im Ural, in Sibirien und auch im europäischen Sowjetgebiet sollen neue Kohlenlager erschlossen werden. Insgesamt werden 1932 ganze 380 Schachtanlagen mit einer jährlichen Produktionsmöglichkeit von 240 Millionen Tonnen im Bau befindlich sein. 89 Schachtanlagen mit einer Jahresproduktionsmöglichkeit von 38 Millionen Tonnen werden 1932 in Betrieb gesetzt werden.

Diese umfangreiche Bautätigkeit wird noch ergänzt durch einen bedeutenden Aufwand von Mitteln für den Bau von Arbeiterwohnungen und für die Steigerung ihrer Lebenshaltung. Für den Wohnungsbau in den Kohlenrevieren der Sowjetunion allein sind 283 Millionen Rubel vorgesehen.

Niedergang der Kohlenindustrie in Deutschland

In Deutschland dagegen ist die Kohlenindustrie in den allgemeinen Niedergang der Wirtschaft mit hineingezogen. Seht man die Kohlenproduktion des Jahres 1928 gleich Hundert, so erhält man folgendes Bild des Niederganges:

Jahr	Indexziffer	Monatsdurchschnitt in Millionen Tonnen
1928	100	12,57
1929	100,4	13,62
1930	93,8	11,80
1931	78,1	9,86
Januar 1932	60,3	8,17

Die Kohlenproduktion ist dauernd seitens einer Folge des dauernden Rückgangs der industriellen Produktion. Ein Ausbruch dessen ist die Tatsache, daß vor allem das Industriezweiggebiet im Verlauf des letzten Konjunkturabwärtens besonders an Bedeutung verloren hat. Der Kohlenabbau an industrielle Verbraucher, der im ersten Vierteljahr 1930 noch 52 Prozent ausmachte, ist auf nur

10 Prozent im letzten Vierteljahr 1931 gesunken. Dieser Rückgang entfällt hauptsächlich auf den Abzug an die Produktionsmittelindustrie.

Auch in Niederschlesien Rückgang
Der Niedergang der deutschen Kohlenindustrie zeigt sich besonders in Niederschlesien. Der monatliche Jahresdurchschnitt der Kohlenförderung, der im Jahre 1913, also vor dem Weltkriege, 401 (immer in 1000 T.) betrug und bis zum Jahre 1929 auf 508 anstieg, ist bis zum Jahre 1931 einem Rückgang auf 378 erlahen. Die Belegschaft der Gruben ist von 27.529 im Jahr 1913 auf 36.985 im Jahr 1921 gestiegen und ging von da ab ständig zurück bis auf 15.052 im Jahr 1931.

Von der im niederschlesischen Bergbau fast gänzlich mörderischen Rationalisierung kann man sich erst einen Begriff machen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß im Jahre 1924 mit der Belegschaftszahl von 36.985 Mann ein Jahresdurchschnitt von 166.000 Tonnen Kohlen gefördert wurde, während man im Jahr 1929 bei einer Belegschaftszahl von 26.030 Mann nur 99.000 Tonnen förderte.

2039 Bergarbeiter im Interesse des Profits gemordet

Diese mörderische Rationalisierung im deutschen Bergbau blieb nicht ohne Auswirkung auf das Leben der Bergarbeiter. 2039 Bergarbeiter blieben in den Jahren 1930/31 für die Profitsinteressen der Bergwerksbarone des preußischen Bergbaus auf der Strecke. 2039 Bergarbeiter haben in Preußen in zwei Jahren das Tageslicht nicht wiedergesehen. Sie ließen Frau und Kinder, Mutter, Vater und Geschwister in Hunger und Not zurück.

Die Zahl der Unfälle ist im preussischen Bergbau gewaltig gestiegen. Auf 1000 Mann der Belegschaft ereigneten sich Unfälle mit einer Arbeitsunfähigkeit von über vier Wochen im 1. Vierteljahr 1929 = 17,2, im 4. Vierteljahr 1930 = 19,9 und im 4. Vierteljahr 1931 = 21,7. Der höchsten Rate kamen 1929 = 0,5 und 1930 = 0,7. Das sind Zahlen des aufstrebenden kapitalistischen Systems.

Die Unternehmer haben die Leben der Arbeiter auf die Arbeiter abzuwälzen.

In Deutschland Lohnabbau

Die Lage der Bergarbeiter hat sich außerordentlich verschlechtert. Während die Preise in der gesamten Wirtschaft grundsätzlich auf dem Stand vom 10. Januar 1927 herabgesetzt wurden, sind die Löhne der Bergarbeiter auf Grund der Sonderbestimmungen der Arbeitsverordnungen ohne Berücksichtigung des damaligen Verhandlungsstandes herabgedrückt worden, so daß sich nach den Berechnungen des Staatlichen Reichsamts der Tariflohn der Kohlarbeiter im Steinkohlenbergbau um 7 Prozent unter dem Stand vom Januar 1927 (gegenwärtlich sind die Sonderbestimmungen noch weiter gegangen).

In der Sowjetunion Aufstieg

In Deutschland kontinuierlicher Niedergang! Das sind die charakteristischen Merkmale unserer Systeme. In Deutschland herrscht das kapitalistische System, das die Arbeiter und Werktätigen in immer größerer Not stürzt; in der Sowjetunion das sozialistische System, wo die Erfolge des sozialistischen Aufbaus den Proletariat der ganzen

Welt den Weg aus Krise und Not weisen. Unter Kampf mit dem kapitalistischen System, unter Ziel ist der Sozialismus, der die Rettung der Millionen im Abend der Welt bringt und der anderen weisungsvollen Lehren sein wird.

SPD.-Presse im Dienste der Klassenjustiz

Görlitz. Überall wird das Sachurteil, das an den Görlitzer Roten Sportlern gefällt wurde, aufs heftigste diskutiert. Viele Aufschriften gingen dem „Generale“ zu, die sich über das harte Urteil im gegenseitlichen Sinne ansprachen. Ein einziger dieser Briefe wurde vom „Generale“ veröffentlicht, was aber anscheinend von Seiten des Gerichtes übel genommen wurde. Prompt erfolgte die Mitteilung, daß infolge der vielen Eingänge gegen und für das Urteil von einer Veröffentlichung Abstand genommen werden muß. In der Görlitzer „Volkszeitung“ erschien ein Artikel mit der Überschrift: „Schnellgericht — Standgericht!“ In diesem Artikel wurden in heuchlerischer Eintracht über das Urteil einige Sätze geblabbert, um den Proleten vorzuganzeln, als ob die feine SPD. gegen die Schnellgerichte wäre und ebenfalls gegen dies Schandurteil kämpfte. Das alles nur zu dem Zweck, weil sie gerne vergessen machen wollen, daß diese Schnellgerichte (Standgerichte) mit Zustimmung der SPD. eingerichtet wurden. Daß die Proleten nicht mehr auf den Bein dieser „Nach-Sozialisten“ hereinfallen, beweist die rege Beteiligung an der Sammlung von Unterschriften auf Protestlisten, die von der Roten Hilfe herausgegeben wurden. Aber schon tritt die lumpige „Volksstimme“ wieder auf den Plan und glaubt nun der Klassenjustiz wieder einen Dienst leisten zu müssen, indem sie in gemeingebäulicher Weise auf die Protestlisten eingeht, nur weil sie von einer revolutionären Organisation herausgegeben sind. Man fordert die Werktätigen direkt auf, keine Eingebungen in diese Protestlisten zu machen, da dies ja doch keinen Zweck hätte und diese Proteste doch keinen Einfluß haben. Mit diesem entpuppt sich dies Schmierfinken-

Proleten, merkt sie euch!

Birlau. Wie überall, so versuchen auch hier die Nazi-Angehörigen für ihren „Eis“ die nötige Werbung an den Mann zu bringen. Nicht nur, daß der Nazi-Leichmann seinen Diensthosen Nazi-Abzeichen zu Weihnachten schenkte und derselbe überaus „hilffähig“ Nazi-Leichmann da für vor kurzem die Frau eines bei ihm wohnenden und in Arbeit stehenden „Pg.“ aus der Arbeit entließ, bestellte sich am Wahltage die Frau des Stellenbüchters Richard Tige (mit Unterstützung ihres Mannes und dessen Vater) einer Verleumdung unseres Kandidaten Ernst Thälmann. Dieser Frau Tige (eine „Lohn-nichts-Bernegroße“) sei an dieser Stelle gesagt: Wenn ihr der Kandidat über den Armen und Entrechteten zu gering ist, dann soll sie ruhig ihren Hitler Wollf wählen, der ihr bei der Prüfung der „Einkommen für deutsch-arische Rassenzucht“ aus Dankbarkeit die Zugehörigkeit zu derselben abspreden wird. Wenn man bei der Frau Tige noch das Sprichwort „Lange Haare — kurzer Verstand“ gelten lassen kann, so ist das Verhalten ihres Mannes und dessen Vater höchst unwürdevoll.

Sind sie es doch, die bei jeder Gelegenheit über die hohen Pachtzinsen winkeln, welche sie für ihre Ackerparzellen an den Fürsten von Pleß zahlen müssen.

Sie, die an erster Stelle ihre Stimmen für den Kandidaten der Werktätigen abgeben müßten, fühlen sich entgegen ihrer Notlage veranlaßt, noch eine Lauge für den „Eis“ der U-Leute zu kochen. Nun, auch die Familie Tige wird bei dem Millionenheere sein, welches sich, wie leicht aber zu spät, erkennen wird, daß sie sich ihr Schicksal selbst besiegelt haben. Dasselbe gilt auch für die geistig Verirrten des proletarisierten Mittelstandes in Birlau. Etwas anderes ist es ja kein „Kaiser- und Königl.“ Barbier und Friseurmeister, dem Polizeiamtsgeschäftigen Paul Klose. Dieser wird ja im Gegenlag zur Frau Tige bei Herrn Hitler in erhöhte Rangstellung kommen, wofür ja sein schnödiges Auftreten sowie echt arisches Neuhäus und seine laute Stimme garantiert. Auf ihn wirkte die Thälmann-Kelchwe wie ein rotes Tuch auf einen Stier. Altem Ansehen nach glaubt Herr Klose den Tag nicht mehr fern, wo er seine jetzige Amtszugehörigkeit mit der „Hereschache“ der NSDAP. vertauschen kann. Was ist nicht für Klose nicht lieber? — Zur Information sei noch gesagt, daß wir weitere sich notwendig machende Kritiken von Nazis und Landeshürgianern bei Bedarf nachholen werden.

Märzgefallenfeier in Bunzlau

Die Märzgefallenfeier der Roten Hilfe am 10. März wies einen verhältnismäßig guten Verlauf auf und endete mit einem großen Erfolg. Der Saal des Volkshauses war mit großen roten Transparenten geschmückt. In großer Schrift wurde der Wunsch geäußert, daß 7500 politische Gefangene, 40000 Anarchoe, 210.000 Arbeitslosen, 210.000 Hungernde und zum Einsturz in der Welt, Hilfe Deutschlands. Außerdem wohnt ein kleineres Transparent: „Weltkrieg droht! Verhindert Kriegstransporte! Schützt Deutschland und Sowjetchina!“ Ein anderes: „Sammelt für den Weltkrieg! Unterstützt die Arbeiterbewegung! Gebt den Gefangenen, Hungernden, 20 Mann harter Chor trug den russischen Truppenmarsch und die Warschawjanka vor. Ein Streikquartett des städtischen Liedersetzers trug gute Kammermusik vor und begleitete die Sänger. Musikalische Regitationen wechselten mit ebenfolchen lebenden Tänzen und zwei emattigen Theaterstücken. Der Ortsgruppenleiter hielt eine längere Ansprache, welche ebenfalls wie familiäre Darbietungen sehr begrüßt wurde. Als sichtbarer Erfolg war eine Teilerhebung von 9,38 Mark ein Zeichen, daß von vielen der letzte Pfennig geopfert wurde. Ein Literaturumzug von 5,55 Mark (bei 5 bis 20 Bsp. Broschüren) und 11 Neuaufnahmen waren zu verzeichnen.

Schöne weiße Zähne: Chlorodont Unter-Vorkriegspreis!

Rund um den Erdball

Dort, wo die deutsche Sprache verlehrt ist

Südtirol unter der Knute des Faschismus

Die Nazis habt man dort wie die Pest!



Das Schloß von Meran in dem vom Faschismus unterdrückten Südtirol.



Die faschistischen Häuptlinge mit Mussolini an der Spitze feiern den 13jährigen Bestand ihrer Organisation; 13 Jahre Kampf gegen das werktätige Volk und brutalste Unterdrückung der Arbeiterklasse. Nun windet sich auch das faschistische Italien in den Krämpfen der kapitalistischen Krise, wanken die Mauern dieses „Dritten Reiches“.

Wer Meran, die südtiroler Stadt, vor dem Kriege gekannt hat, sieht, wenn er jetzt in die Stadt kommt, wie vor einem Kästel Nichts erinnert, äußerlich zumindest, daran, daß in dieser Stadt Deutsche leben. Und doch ist Meran eine deutsche Stadt, ist die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung deutsch. Früher, vor dem Kriege, sah man in Meran nur deutsche Aufschriften. Alle Firmen Schilder waren in deutscher Sprache. Heute ist es, als wäre das Deutsch um weg gewischt. Nur italienisch wohnt man blüht. Man fragt jemand nach einer Straße, und der Angeprochene wagt es nicht, in deutsch zu antworten.

Wir betreten eine Gaststube. Der Wirt reicht uns eine italienische Speisekarte. Ich frage ihn: „Haben Sie nicht eine deutsche Speisekarte, ich verstehe kein italienisch.“ Schon blickt er um sich. „Sie kommen aus Deutschland?“ „Ja wohl.“ „Ich darf Ihnen keine deutsche Speisekarte vorlegen. Ist streng verboten.“ „Wieso verboten?“ frage ich. „Verboten ebenso wie die Schulen, ebenso wie die Bibliotheken, ebenso wie alles, was mit deutscher Sprache zu tun hat. Unsere Kinder, die kein italienisch verstehen, müssen italienische Schulen besuchen und wachsen so zu Analphabeten heran.“ „Aber die Speisekarte werden Sie doch noch in deutscher Sprache zusammenstellen dürfen.“ „Da haben Sie einen Begriff über die Verhältnisse, die bei uns herrschen. Morgen ist mein Lokal geschlossen. Aber, was noch schlimmer ist: ich kann mich dann auf eine Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr oder gar auf eine Deportation gefaßt machen.“

Der Wirt bringt uns das bestellte Essen, setzt sich zu uns und erzählt weiter: „Man hat wohl draußen keinen Begriff davon, was wir seit zehn Jahren hier erleben. Hunderte von uns sind verhaftet worden. Viele von den Verhafteten geben kein Lebenszeichen mehr von sich. Sie dürfen längst ins Gras gebissen haben. Wir sind einfach vogeltrief.“

Was wir hier nicht verstehen können, ist das Verhalten Deutschlands und auch Österreichs. Jahrzehntlang haben viele von uns gehofft und geglaubt, daß Deutschland irgendwann eingreifen und die faschistische Regierung zumindest zu einer Milderung ihres Druckes veranlassen wird. Als man zum ersten Male hier alle deutschen Schulen geschlossen und unsere Kinder jeder Bildungsmöglichkeit beraubt hatte, da erwarteten wir, daß nunmehr die deutsche Regierung das Schweigen brechen und energische Schritte in Rom unternehmen werde. Aber nichts von alledem ist geschehen. Später wurden alle deutschen Vereine aufgelöst. Auch da erwarteten wir ein Eingreifen der deutschen Regierung. Und wieder ist nichts geschehen. Als man die Namen der Straßen änderte, uns zwang, die Firmen Schilder ins Italienische umzuschreiben, ja, Verfolgungen gegen solche einlegten, die es wagten, auf der Straße deutsch zu sprechen, da sandten wir heimlich Posten nach Berlin und Wien und ersuchten um Hilfe; aber sie blieb aus.

Wir alle hier haben den Glauben an die deutsche Regierung und an alle die Parteien, die sich national gebärden und dabei ruhig zusehen, wie man ein urdeutsches Land italienisiert, wie man eine Viertelmillion Deutsche terrorisiert und unterdrückt, verloren. Aber das Schlimmste für uns sind die Nationalsozialisten, die Burischen da mit den Hakenkreuzen. Sie bilden hier den einzigen deutschen Verein, der von den Italienern getollt ist. Sie sind in der Tat — verzeihen Sie den Ausdruck — Mitglieder des Faschismus. Ein Partei, die ein solches Maß von Würdelosigkeit beugt,

muß man wohl in der ganzen Welt suchen. Stellen Sie sich vor, daß diese Burischen mit dem Hakenkreuz, die sich dort bei euch in Deutschland als die Repräsentanten der deutschen Befreiung ausgeben, sich nicht scheuen, unsere ärgsten Feinde, die faschistische Miliz, bei jeder kleinsten Streitigkeit gegen die Bevölkerung zu Hilfe rufen. Diese Hakenkreuzler sind mit die Totengräber des deutschen Südtirols. Wir hier sind von der Welt abgeschnitten. Aber es ist notwendig, daß die deutschen Touristen, die einmal hier im Lande waren und mit

eigenen Augen unser Leid geschaut haben, in Deutschland darüber berichten, wer die Nazis sind und welche Rolle sie hier spielen. Wehe ihnen, wenn der Tag der Freiheit für uns anbricht...“

In diesem Moment betraten zwei Nazis mit großen Hakenkreuzen an der Brust und einem italienischen Faschisten das Lokal und bestellten eine Flasche Wein. Der Wirt brach sein Gespräch ab und zog sich scheu hinter den Schanktisch zurück... Paul Feld.

Die Heimat aller Revolutionäre

Ein Brief deutscher Matrosen aus der Sowjetunion

An die „Rote Fahne“.

Berlin.

Liebe „Rote Fahne“.

Wir freitenden deutschen Seeleute, die in der Sowjetunion eine neue Heimat gefunden haben, senden Dir, dem revolutionären Organ des roten Berlin, flammende proletarische Kampfgrüße! Wir glauben, daß nachstehende Zeilen am besten die gemeine Hez der sozialistischen und bürgerlichen Presse am besten widerlegen und vielen Arbeitern den Weg zur roten Klassentrommel erleichtern werden.

Umschulung

Die tatkräftige Hilfe der russischen Arbeiter während des Streiks in Baku und jetzt ist ein leuchtendes Beispiel internationaler proletarischer Solidarität. Wir alle haben die dazugehörige Möglichkeit, einen neuen Beruf zu ergreifen, angenommen und lernen jetzt Schlosser, Dreher usw. Trotzdem wir Lehrlinge sind, bekommen wir 100 Rubel monatlich, Wohnung, Licht und Heizung, sowie Kräftigung und Mittag unentgeltlich. Die Kosten trägt der Betrieb, in dem wir lernen. Die, die noch keine 18 Jahre alt sind, arbeiten nur sechs Stunden täglich. Im Lande des sozialistischen Aufbaus kennt man keine Ausbeutung der Lehrlinge wie im kapitalistischen Deutschland. Wir sind überzeugt, daß von solchen Erziehungsinstitutionen kein Lehrling oder Jungarbeiter bei Bosch oder Siemens zu träumen wagt.

Erdstöße in Sarajewo

Belgrad, 29. März. In Sarajewo ereigneten sich am Ostermontag während mehrerer Stunden 5 Erdstöße. Die Erdstöße waren schließlich so stark, daß die Bevölkerung in großer Angst auf die Straße stürzte, um sich in Sicherheit zu bringen. Außer zahlreichen Sprüngen und Rissen in den Mauern wurde jedoch kein Schaden angerichtet. Der Herd des Erdbebens liegt ungefähr 20 Kilometer nördlich von Sarajewo.

Raubüberfall auf eine Stationskasse

Wesermünde, 29. März. In der Nacht zum Montag drangen drei maskierte Burischen im Alter von etwa 25 Jahren mit vorgehaltenen Pistolen in die Stationskasse der Bahnstation Reichelshagen (Kreis Geestmünde) ein. Sie töteten die beiden anwesenden Beamten und raubten die Stationskasse, in der sich jedoch nur 20 Mark Silbergeld und eine Rolle mit 50 Zwelf-Pfennigstücken befanden. Außerdem entwendeten sie die Parafschaft des Beamten Winkler in Höhe von 17 Mark. Die Räuber fragten bei ihrem Eindringen sofort nach der Monateinnahme der Stationskasse, wußten jedoch zu ihrem Verger erfahren, daß tägliche Abrechnung stattfindet. Die Täter sprachen hochdeutsch, der eine mit fremdländischem Akzent.

Gigantisches Wachstum

Der Betrieb „Leutnant Schmidt“, in dem wir jetzt arbeiten, zählte vor der Revolution eine Belegschaft von 300 Mann, unter der Herrschaft der Arbeiterklasse im vierten Jahre des sozialistischen Aufbaus und dem letzten Jahr des Fünfjahresplans zählt der Betrieb eine 6000 Mann starke Belegschaft und ist einer der größten Maschinenbetriebe der sowjetischen Maschinenbauindustrie. Wir sind überzeugt, daß der einzige Ausweg der deutschen Arbeiterklasse aus Elend, Not und Faschismus der Weg des roten Oktober ist, der Weg, den Lenin, die russischen Arbeiter und Bauern führte, der ein leuchtendes Symbol aller ausgebeuteten Werktätigen der ganzen Welt ist.

Wir rufen allen Berliner Arbeitern zu: Schützt die Sowjetunion gegen alle Machenschaften der internationalen Imperialisten! Verteidigt das revolutionäre Organ des roten Berlin, die „Rote Fahne“!

Wir geloben, alle Kräfte einzusetzen für den sozialistischen Aufbau und — wenn es sein muß — in den ersten Reihen für die Verteidigung der Sowjetunion zu kämpfen!

Es lebe die KP der Sowjetunion, die siegreiche Führerin des sozialistischen Aufbaus!

Es lebe die KPD und ihr Organ, die „Rote Fahne“!

Es lebe die internationale Solidarität aller ausgebeuteten Werktätigen der Welt!

Wir proletarischen Kampfgrüß.
Im Auftrage der deutschen Seeleute
Hugo Wolter.

Vom Liebhaber seiner Frau ermordet?

Saarbrücken, 29. März. Am Ostermontag wurde in Ommersheim (Bezirk Saarlouis) ein grauenhafter Mord aufgedeckt. Der 30jährige Hüttenarbeiter Peter Lenz wurde mit eingeklagener Schädeldede in der Küche seiner Wohnung aufgefunden. Das Mordwerkzeug, ein Beil, war von dem Täter im Küchenherd verhehrt worden. Als der Tat verdächtig wurden der Arbeiter Joseph Klein und die Ehefrau des Ermordeten in Haft genommen. Die beiden Verhafteten unterhielten seit langer Zeit ein Liebesverhältnis. Klein und Frau Lenz versuchten, für die Zeit der Tat ein Alibi nachzuweisen. Frau Lenz war während der Mordzeit bei ihren Eltern in Illingen. Klein behauptet gleichfalls, auswärts gewesen zu sein, doch sind seine Angaben recht unklar. Die Untersuchungsbehörde nimmt an, daß Klein der Mord auf Anweisung von Frau Lenz begangen hat.

Tod auf den Schienen

Kurz nach Passieren des letzten Nachzuges Nordder Sektors land man auf der Fahndrede hinter Wildpau die Leiche des 20jährigen Maurers Erwin Kraay, früher in Ereglich, jetzt in Kuhfurt bei Potsdam. Dem Toten war der Kopf vom Rumpf getrennt. Ob Selbstmord oder Unglücksfall vorliegt, steht noch nicht fest.

34 Tote des Osterverkehrs in Frankreich

Paris, 29. März. Der besonders starke Verkehr während der Osterfeiertage hat in ganz Frankreich 34 Menschen das Leben gekostet, während 120 Personen mit mehr oder minder schweren Verletzungen davonkamen.

Ein besonders schwerer Unfall ereignete sich am Montag, in der Nähe von Boulogne-sur-Mer. Zwei Motorradfahrer mit je einem Fahrgast stießen in voller Fahrt zusammen. Drei von ihnen waren auf der Stelle tot, während der vierte sterbend in ein Krankenhaus übergeführt werden mußte.

Geburtstag, Verlobung, Hochzeit mit **Fade** gewährleistet Stimmung und Behagen!

Breslau

Breslau, 30. März.

Wählerlisten einsehen

Die Stimmliste für den 2. Wahlgang der Reichspräsidentenwahl und für die Landtagswahl wird für beide Wahlen gemeinsam in der Zeit von Mittwoch, den 30. März, bis einschließlich Sonntag, den 3. April, zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt, und zwar für den früheren Stadtkreis Breslau einschließlich der eingemeindeten Teile von Wolfswig, Oltschin, Wilhelmstr. 1/2, für die übrigen eingemeindeten Ortsteile in den zuständigen Bezirksämtern. Wo, wie lange und zu welchen Tagesstunden die Stimmlisten ausgelegt werden, in welcher Zeit und in welcher Weise Einsprüche gegen Mängel der Stimmlisten erhoben werden können, ist aus der öffentlichen Bekanntmachung an den Anschlagtafeln zu ersehen.

Da vielfach Arbeiter und Arbeiterinnen ihres Wahlrechts verlustig gingen, da sie nicht in die Wählerlisten eingetragen waren, empfiehlt es sich, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen sich vergewissern, durch Einsichtnahme in die Wählerlisten, die in der obengenannten Zeit ausliegen, daß sie in die Wählerlisten eingetragen sind.

Arbeiterfrauen!

Nicht Kaffeekränzchen, sondern schärfsten Kampf gegen den Mordparagraphen 218!

Im Gewerkschaftshaus „tagte“ beim Kaffeekränzchen die „Vereinigung zur Reinhaltung der Familie“. Es ist man endlich einmal Zeit, auch diesen Verein in der Öffentlichkeit zu beleuchten. Nicht genug, daß man bei der heutigen allgemeinen Notlage 1,70 Mark für das Mittel (Soyusform) verlangt, dessen Herstellungspreis sich höchstens auf 1 Mark beläuft, muß man noch 50 Pfennig monatlich Beitrag bezahlen. Der „Lieferant“ Herr Boeje machte durch den hiesigen Vorstand den Vorschlag, auch in Schlesien den „Preisabbau“ durchzuführen. (In Sachsen wird es mit einer Mark abgegeben.) Doch der Vorstand Guhl ist natürlich der Auffassung, daß dadurch die Geschäftsführung der Vereinigung gefährdet werde. Die Mitglieder sind durchaus nicht einverstanden und betrachten nunmehr den Verein als ein bloßes geschäftliches Unternehmen, da sie auch völlig im Unklaren sind, was mit dem Beside geschieht. Man geniert sich auch nicht, noch die sogenannte Schinderlaffe herumgehen zu lassen, trotzdem von etwa 500 Mitgliedern genug Geld in der Kasse sein dürfte. Im Sommerhalbjahr werden gewöhnlich keine Versammlungen abgehalten. Scheinbar will man die Saalunkosten sparen.

Die Mitgliedschaft verkauft endgültig, daß ihren Forderungen entsprochen wird. Sollten jedoch keine Maßnahmen durchgeführt werden zwecks Verbilligung des Mittels usw., dann wird sie den Kampf dagegen aufnehmen, und die Öffentlichkeit wird klären über die Vorgänge innerhalb dieses Vereins.

Die Mitgliedschaft und darüber hinaus die gesamte Arbeiterklasse, insbesondere die Arbeiterfrauen, müssen erkennen, daß es nicht genügt, sich irgendeinem Verein anzuschließen und im stillen Kämmerlein und beim Kaffeekränzchen einen scheinbaren Kampf zu führen, sondern der Kampf gegen den Mordparagraphen 218 muß von der gesamten Arbeiterklasse in allen Formen organisiert und geführt werden.

„Oster-Burgfrieden“ und seine Auswirkung

Am Sonnabendnachmittag sprang die ledige 31-jährige Arbeiterin Anna St., wohnhaft Pannewer Straße, von der Eisenbahnbrücke der genannten Straße herunter vor einen nach Breslau vorbeifahrenden D-Zug. Sie wurde vollkommen zermalmt.

Ihr Vater ist der seit längerer Zeit erwerbslose Werksmeister St., welcher angibt, daß seine Tochter seit langer Zeit nervenleidend und in Behandlung war.

Am Sonnabend erbrachte sich der 30-jährige Hauswart E. in seiner Wohnung in der Müllersstraße.

Der 59-jährige Schuhmacher L. in der Verdaustraße vergiftete sich am Sonntagfrüh, indem er Arsenik einnahm, und verstarb im Laufe des Tages an den Folgen der Vergiftung.

Nahrungsmittel, Wohnungsfragen, Erziehungsfragen, das sind die Ursachen dieser Verzweiflungstaten. Doch das ist kein Ausweg, Kampf dem Hungerstern ist der einzige Ausweg aus Hunger, Not und Elend.



möchten Sie doch wieder eine Reise machen! Es kostet ja garnicht so viel, es ist ja alles viel billiger! Nur müssen Sie jetzt schon dafür sparen bei der

Städt. Sparkasse zu Breslau

Ungeheures Wohnungselend in Breslau

Neun Personen in einer Wohnhöhle — Das Wohnungselend im Nordosten und Südosten der Stadt Trotzdem stehen ganze Etagen und Häuser leer

Breslau. Unser „Bollwerk des Ostens“ hat natürlich auch als die größten „Sehenswürdigkeiten“ die elendsten Wohnhöhlen. Alt-Breslau, das Ziel aller die Stadt besuchenden Fremden! Von „Churfürst“ ergriffen stehen sie vor diesen alten Baraden und bewundern das hohe Alter dieser Wohnhöhlen, die weil drinnen die Bewohner in ihren dumpfen Höhlen dahinvegetieren. Wenn man von dem Wohnungselend in Breslau spricht, so muß man unwillkürlich an diese Buben an der Engelsburg, den Fleischbänken usw. denken.

Aber nicht nur in diesem „ehrwürdigen“ Alt-Breslau, auch nicht nur in den Mietstajernen der ausgesprochenen Proletarierviertel, in Briggental, im Osten oder Westen der Stadt, sondern auch im Südosten haufen Menschen in „Wohnungen“, die man nur als Löhner bezeichnen kann.

So wandere ich denn diesem Städtchen entgegen. Das Haus Bohrauer Straße 31 ist mein Ziel. Von außen eine in gutem Zustand befindliche Fassade. Zwei Buden, welche sich dort befinden, beherbergen ein Kolonialwarengeschäft und einen Schuhwarenladen. Der Hof wird zu zwei Dritteln von einem Stück „Garten“ abgegrenzt. Dieser „Garten“ ist gegenwärtig der Lagerplatz eines Mist- und eines Steinhauens. Hier verbietet der Gestank des Düngers dem Bewohner des Hinterhauses nicht nur die Fenster zu öffnen, sondern hier ist gleichzeitig eine wahre Zuchtschule für Ratten und Mäuse.

Im Hinterhaus zu ebener Erde wohnt der Rentner B. Die „Wohnung“ besteht aus Küche und einer Stube. Diese „Küche“, ein elendes Loch, ist gleichzeitig der Aufenthaltsort für den zehn Monate alten Enkel des Rentners.

Mindestens ein halbes Jahrzehnt ist in dieser als „Küche“ bezeichneten Höhle keinerlei Reparatur vorgenommen worden. Doch die danebenliegende Stube bietet noch einen viel größeren trostlosen Anblick. Von der Decke und von den Wänden löst sich der Putz.

Neun Personen haufen in dieser „Stube“ und benützen dieselbe als Wohn- und Schlafraum.

Zu all dem Unglück ist die Tochter schwanger, so daß in Kürze ein weiterer Erdbewohner diesen jetzt schon unzureichenden Raum mitbewohnen wird.

Nun, auch wir haben ein Wohnungsamt, desgleichen eine Bau- und Gesundheitspolizei. Obwohl die Tochter des Hauses im Besitze eines ärztlichen Attestes ist, wonach die Wohnungsverhältnisse für sie gesundheitsschädlich sind, ist keine der benannten Behörden zuständig. (!)

Für diese „Wohnung“ beträgt die Miete monatlich 24,80 Mark. Da der Inhaber derselben eine monatliche Rente von 80 Mark erhält, wird ihm, obwohl ein Sohn und eine Tochter auf Grund dieser Rente keinerlei Unterstützung erhalten, ein Erlaß der Hauszinssteuer nicht gewährt.

Der Hauspächter, der auch der Inhaber der obenbenannten Geschäfte ist, denkt auch gar nicht daran, irgendwelche Reparaturen in der Wohnung vornehmen zu lassen. Angeblich seien in der Miete von 24,80 Mark keine Schönheitsreparaturen enthalten. Dafür ist er aber ein „starrer nationaler“ Mann. Anlässlich des Stahlbrotmages war der sogenannte „Garten“ ein beliebter Aufenthaltsort der Soldaten-Truppen, der Hundstunde des Stadts. Was kümmert sich ein Mensch das Elend der Arbeiterklasse, was kümmert ihn der Zustand der Wohnungen der Proleten; für ihn ist und bleibt die Hauszinssteuer national sein und monatlich die Miete einpreisen.

So müssen nun neun Personen unter den miserablen Umständen in einem Raum schlafen und wohnen, obwohl wenige Schritte weiter ein ganzes Wohnhaus leer steht. Vom Nordosten ist das Haus Treibitzstraße 21, dessen Bewohner die Provinzialverwaltung von Mader scheitern lie, unbewohnt. Man hat ganze Häuser, die sich in einem baulichen Zustand befinden, und Tausende von Erziehungslingen leer stehen, obwohl in ungezählten Löhner Menschen kaufen müssen. Das ist ein Stück Sozialpolitik in Teuring-Preußen, und die SPD-Mitglieder reden auch Arbeiter noch immer vor: Beißer ein solches als keine Wohnung; das ist auch immer ein „Mereeres“ Rebe!

Und im Nordosten

Schleier. Ueber die Freiheitsbrücke — die Brücke ist wohl da, nicht aber die Freiheit! Zudem pregt immer noch „toleriert“ das Wort „Kaiserbrücke“ von oben herab! — Kommt man nach der Seelenstraße. Rechts und links hohe Mietstajernen. Auf der Straße „Mittlerstraße“ und „Springerstraße“ Kinder, ein Zeichen, daß wir uns im Proletenviertel befinden. Der Lärmelärm der Arbeiterkinder ist die Straße, denn hier hat es kein Geld, für die stürzen Spielplätze und Grünanlagen zu schaffen.

Seitenstraße 23, 2. Stockwerk. Zwar scheint zurzeit die Sonne in das Zimmer und läßt diese „Wohnung“ im „Licht“ erscheinen; doch auch die Frühlingssonne vermag nicht den ungesunden Zustand der Wohnung zu verborgen. Der Inhaber dieser Wohnung, jahrelang erwerbslos, liegt nun schon seit Dezember an offener Tuberkulose im „Allerheiligen“. Zu Hause „tummeln“ sich 6 Kinder in dieser ungesunden Wohnung. Der Raum ist so klein, daß zwei Bettstellen übereinander stehen müssen. Von den Wänden tropft das Wasser. Die Möbel sind total ruiniert. Möbel, Wäsche usw. — alles wird vom Schimmel überzogen. Trotzdem der Mann an offener Tuberkulose im Krankenbau liegt und die Kinder kränklich sind, trotzdem mehrfach ärztliche Atteste an das Wohnungsamt eingereicht worden sind — eine andere Wohnung ist einfach nicht zu beschaffen. Es handelt sich ja nur um einen Proleten! Und noch dazu einen Erwerbslosen!

Man hatte ihm schon einmal eine andere Wohnung zugewiesen, aber — 6 Kinder — da wollte ihn die Wirtin nicht haben. (!) Da erklärte man ihm auf dem Wohnungsamt, er solle doch Verzicht leisten, er beläme in kurzer Zeit eine andere Wohnung zugewiesen. Nun, er leistete Verzicht — doch eine andere Wohnung hat er bis heute noch nicht. Es ist ja nur ein Prolet — rös.

Mieter, organisiert den außerparlamentarischen Kampf!

Die Mieterchaft darf sich nicht auf die Hilfe irgendeiner behördlichen Anstalt verlassen. Das Wohnungselend ist ungeheuer groß. Im Reichstag, Stadiparlamenten usw. spricht man von der Mieter- und Wohnungsnot, stellt Anträge, die dann den Ausschüssen über-

wiesen werden, nur damit der Mieterchaft in ihrer Not die Jählon genährt wird, als ob Reichstag oder Stadtverordnete etwas für sie tun.

Bier gilt es, daß sich die Massen der Mieterchaft zur Selbsthilfe zusammenschließen, um durch geschlossenes Auftreten den Kampf gegen Wohnungs- und Mieterelend aufzunehmen.

Jugendfeier der Monistischen Gemeinde

Im überfüllten Konzerthaus veranstaltete die Monistische Gemeinde am Sonntag ihre diesjährige Jugendfeier. Chorgesang („Vollchor“ und „Bildungschor“) Kinderchor, Rezitationen der Schulfrauen, bildeten das eindrucksvolle, im ganzen auch betont kämpferische Programm dieser Veranstaltung. Die Ansprache hielt Emil Rache, der sie in einen Kampfruf gegen die Knechtschaft des Kapitalismus und seiner Dienerin der Kirche, ausmündete ließ.

Die vorgenommene Ueberreichung von Buchgeschenken an die Schulfrauen, gibt Veranlassung zu der Bemerkung, daß auch ein Zuviel an Worte möglich ist; besonders wenn gewissermaßen der ganze Vorrat an Goethischen „Lebensweisheiten“ in Pausch und Bogen übernommen wird. Die „Internationale“ schloß die Feier ab. —

Verantwortlich für den vorstehenden Teil: Hermann und Volker, Karl Lindner, Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Henrich, Berlin. — Die Illustration: Albert Gallam, Breslau. — Verlag und Druck: Schließke Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Schauspielhaus

Mittwoch und Donnerstag 8 Uhr
2 letzte Gastspiele

Rita Georg

Die Dubarry

Kleine Preise

Wir liefern

Plakate
Briefbogen
Rechnungen
Programme
Einlaßkarten
Flughblätter
Werke
Zeitungen
Zeitschriften

Massenaufgaben
in Flach- und
Rotationsdruck
preiswert

FORTSCHRITT
AG. FILIALE BRESLAU

Trebnitzer Str. 50
Telephon 464 55

Inserate

haben in unserer
Zeitung

besten
Erfolg

Achtung!
Sichere Existenz im
Haus!
Gesucht
werd. abrl. Pers.
zw. Erricht. einer
Maschinen-
Holmatrickerai.
Geboten wird lauf.
Besechtigt. für unv.
zu hohen Preisen.
Ris. u. Vorkennt-
nisse nicht erford.
Verlang. Sie sof.
Gratienuskunft.
Fr. J. Kersten & Co.,
Bis.-Hansen 232.

Hentke's Gaststätte
zum Lindenpark
Saal u. Garten für Vereins-
festlichkeiten zu vergeben
Breslau-Cosel
gut gepflegte Speisen und
Getränke

Billige Angebote in:

Strumpfhaltergürtel . . . 50, 95 J. 1.— an
Hüftgürtel 1.95 an
Corsets 1.85 an
Büstenhalter 50, 75, 85, 95 J.
Schürpe 50, 75, 95 J. 1.25
Schlüpfer) in reicher Auswahl
Mäntel) und allen Preislagen

W. & G. Neumann
Breslau, Gartenstraße 53-55 (Cieblighaus)
und Gebr. Lewandowski
Ohlauer Straße 64

Wandleihhaus Grundmann
Breslau, Trebnitzer Str. 21
Verleihung v. Anzügen, Wäsche
und Schmudfachen

Tausende Reste

Fabrik-Reste
Lager-Reste

von
Leinen- u. Baumwollwaren
Kleiderstoffen
Seidenstoffen
Inletts u. Schürzenstoffen
sowie
Gardinen- u.
Möbelstoffen
spottbillig!



Resolution des Zentralkomitees der KPD. zu den Lehren des ersten Wahlganges der Reichspräsidentenwahl

I.

Der erste Wahlgang der Präsidentschaftswahl bestätigt die Richtigkeit der Analyse über die Klassenlage in Deutschland, die vom Februarplenium 1932 des ZK der KPD, entsprechend der Linie des XI. Plenums des ZK, entwickelt wurde. Die Tatsache der außerordentlich starken Wahlbeteiligung (88 Prozent), die eine starke Aktivität der breitesten werktätigen Schichten widerspiegelt, die Tatsache des weitgehenden Einflusses der staatlichen Unterdrückungsmethoden gegenüber der Propaganda der KPD, die Tatsache, daß die Bourgeoisie und ihre Hilfstruppen einen riesigen Aufwand an Agitation und Propaganda unter Einsatz aller Mittel des Staatsapparates betrieben, die faschistische Einheit der deutschen Bourgeoisie gegenüber dem revolutionären Proletariat, die sich in den offen faschistischen Auffassungen aller drei Kandidaten der Diktatur der Bourgeoisie ausdrückt, während andererseits auf Grund der Differenzen im Lager der Bourgeoisie eine Einigung auf die Hauptkandidatur der Bourgeoisie und ihrer sozialen Hauptstütze, der SPD., die Kandidatur Hindenburgs, nicht zustande kam, — alle diese Tatsachen zeigen die außerordentliche Zuspitzung aller äußeren und inneren Gegensätze in Deutschland.

Die Präsidentschaftswahl findet statt in einer Situation, in der die deutsche Bourgeoisie ihre Offensive gegen das Proletariat und alle Werktätigen mit der Gewaltspolitik der Notverordnungen, des Lohn- und Gehaltsabbaus und der Betriebsstillegungen immer mehr verstärkt und immer mehr zu den Methoden der offenen faschistischen Diktatur übergeht, um die Entwicklung der Voraussetzungen der revolutionären Krise aufzuhalten.

Die Präsidentschaftswahl findet statt in einer Situation der unmittelbaren Bedrohung der Sowjetunion mit dem imperialistischen Interventionskrieg im Osten und Westen, an dem die deutsche Bourgeoisie teilzunehmen entschlossen ist.

Die imperialistische Kriegspolitik der deutschen Bourgeoisie und ihr Übergang zu den offenen Formen der faschistischen Diktatur wird besonders eindringlich durch die Tatsache beleuchtet, daß der monarchistische Generalfeldmarschall von Hindenburg, der reaktionäre Kandidat des Jahres 1925, gegenwärtig zum Hauptkandidaten der gesamten Bourgeoisie geworden ist, den die Sozialdemokratie als „Kandidaten des fortschrittlichsten Teiles der Bourgeoisie gegen ihren reaktionären Teil“ bezeichnet. Die deutsche Aufrollung der Klassenfronten bei der Präsidentschaftswahl mit den drei faschistischen Kandidaten der Bourgeoisie einerseits und der revolutionären Kandidatur des Proletariats andererseits, widerspiegelt das verschärfte Stadium des Kampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat in Deutschland um den kapitalistischen oder revolutionären Ausweg aus der Krise.

II.

Die starke Aktivität der revolutionären Arbeiterschaft während des Wahlkampfes, ungeachtet der vorhandenen erheblichen Schwächen in der Arbeit der Partei und der revolutionären Massenorganisationen, sowie das Wahlergebnis kennzeichnen den revolutionären Aufschwung in Deutschland.

Es ist der Kommunistischen Partei gelungen, 5 Millionen Stimmen für die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats auf der klaren Klassenlinie der Losung „Klasse gegen Klasse“ zu gewinnen.

Dieses Resultat der Präsidentschaftswahl kann nicht mit den Ergebnissen einer Reichstagswahl verglichen werden. In der Stimmabgabe für die Kommunistische Partei bei den jetzigen Präsidentschaftswahlen handelte es sich nicht wie bei den üblichen Parlamentswahlen um eine bloße Sympathieerklärung für das Programm der kommunistischen Partei, sondern darüber hinaus um die klare Erkenntnis des Charakters der Sozialdemokratie als der sozialen Hauptstütze der Bourgeoisie und des gemäßigten Flügels des Faschismus, ohne deren Zerschlagung der Erfolg der proletarischen Revolution unmöglich ist. Auf Grund dieser unterschiedlichen Rolle der Präsidentschaftswahl gegenüber einer üblichen Parlamentswahl, kann die gegenwärtige Präsidentschaftswahl nur mit dem Volksentscheid in Preußen am 9. August 1931 verglichen werden, der gleichfalls von dem kommunistischen Wähler ein viel größeres Klassenbewußtsein und eine höhere revolutionäre Klarheit erforderte, als eine Parlamentswahl. Unter diesem Gesichtspunkt hat die Kommunistische Partei mit der Mobilisierung von fünf Millionen einer großen Erfolg errungen.

Ungeachtet dieser Festigung der Positionen der kommunistischen Partei in den Massen konstatiert das Zentralkomitee, daß das Wahlergebnis, gemessen an den günstigen Voraussetzungen der objektiven Situation, keineswegs zufriedenstellend ist. Es bestätigt die allgemeinen Feststellungen der Partei auf der Plenarlagung des Zentralkomitees vom Februar 1932 über ein Zurückbleiben der Erfolge des subjektiven Faktors, der KPD, hinter den objektiven Möglichkeiten. Die Ursachen dieses Zurückbleibens sind in erster Linie die Schwächen der Partei auf den wichtigsten Gebieten der revolutionären Massenarbeit in der

Auslösung und selbständige Führung von Aktionen und Kämpfen.

Die Überwindung der vorhandenen objektiven Schwierigkeiten erleichtern. Bei einer Verschärfung des prinzipiellen Kampfes gegen die SPD., bei stürzender Enttarnung des Schwindels des „kleineren Übels“, bei kühner Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten, bei einer dadurch ermöglichten Verbesserung der Arbeit der Partei und der RGO. zur Auslösung und Führung von Massenkämpfen hätte die Zahl der für die Kampfkandidatur der kommunistischen Partei abgegebenen Stimmen noch wesentlich gesteigert werden können. Das Wahlergebnis unterstreicht deshalb die Notwendigkeit der Beschlüsse des Februarplenums des ZK. über eine entschlossene

Umkehrung der vorhandenen Schwächen, Mängel und Fehler in Theorie und Praxis.

Das Wahlergebnis zeigt beim Vergleich der einzelnen Bezirke einen ungleichmäßigen Charakter.

Stärkere Erfolge wurden überall dort erzielt, wo es der Partei und RGO. gelungen ist, Massenaktionen und Kämpfe gegen die kapitalistische Offensive und den faschistischen Terror zu führen.

Neben Erfolgen in ländlichen Bezirken und in Süddeutschland, die das Eindringen der Partei in neue Arbeiterkreise und andere Schichten der Werktätigen deutlich widerspiegeln, ist in einigen Bezirken Stillstand oder sogar Rückgang zu verzeichnen. Völlig unbefriedigend sind die Ergebnisse in Berlin, Hamburg und verschiedenen anderen Großstädten.

III.

Die Tatsache, daß die Bourgeoisie trotz der deutlichen Gegenüberstellung der Klassenkräfte durch die dreieinige Kandidatur der faschistischen Bourgeoisie (Hindenburg, Hitler, Duesterberg), die der revolutionären Kampfkandidatur der kommunistischen Partei und ihres Führers Ernst Thälmann als Kampfkandidatur

Notwendigkeit einer größtmöglichen Verschärfung des prinzipiellen Kampfes gegen die SPD.

betont. Erneut wird die revolutionäre Strategie der Partei bestätigt, die den Hauptstoß in der Arbeiterklasse gegen die Sozialdemokratie und alle ihr Spielarten richtet.

Zweitens beweist das Anwachsen der Hitlerpartei und ihr Eindringen in gewisse verzweifelte Schichten der Erwerbslosen die Schwächen der Partei im aktiven Kampf gegen den Hitlerfaschismus. Das Auftauchen sektiererischer und scheinrevolutionärer Stimmungen bei bestimmten Teilen der Erwerbslosen, die an Stelle der mühseligen und langwierigen revolutionären Massenarbeit durch die Wahl Hitlers den Zusammenbruch der kapitalistischen Klassenherrschaft beschleunigen, den leidensvollen Weg der deutschen Arbeiterklasse abkürzen und die revolutionäre Krise künstlich auslösen zu können glauben, zeigt die großen Schwächen der Partei in der revolutionären Kampfmobilisierung der Millionen Erwerbslosen, sowie im Kampf gegen die nationalsozialistische Bewegung.

Die Überwindung der Schwächen der Partei im Kampf gegen Sozialdemokratie und Hitlerpartei erfordert den schärfsten

Kampf gegen alle Tendenzen der Unterschätzung des Klassenfeindes

Diese Tendenzen äußerten sich vor allem im ungenügenden Kampf gegen das Betrugsmanöver der SPD. und des ADGB. mit der „Eisernen Front“, dem „kleineren Übel“ und dem angeblichen „Kampf gegen den Faschismus“. Ferner in der ungenügenden Verschärfung des Kampfes gegen die demagogischen Manöver der verschiedenen Ästheten der Sozialdemokratie (ZAPP., Staud-

leristen, Trostjiten), die unter dem Deckmantel der Zustimmung zur Klassenkandidatur der KPD. ihren Kampf gegen die revolutionäre Politik der Partei und der RGO. in besonders gefährlichen Formen durchführte. Der verschärfte Kampf gegen diese gefährlichsten „linken“ Spielarten des Sozialfaschismus gewinnt gesteigerte Bedeutung angesichts der akuten Gefahr des Interventionskrieges gegen die Sowjetunion und des verstärkten Heberganges der deutschen Bourgeoisie zu den Methoden der offenen faschistischen Diktatur.

Das Gelingen dieses Doppelmanövers der Bourgeoisie beweist: erstens, daß es der Partei noch keineswegs in stärkerem Maße gelungen ist, die sozialdemokratischen Betrugsmanöver zu entlarven und auf Grund der starken Gärung unter der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiterschaft den Massen der Anhänger den Charakter der SPD. als des gemäßigten Flügels des Faschismus und des Zwillingbruders des Hitlerfaschismus klar zum Bewußtsein zu bringen. Diese Feststellung unterstreicht die Resolution des Februarplenums des ZK. die die

Gleichzeitig muß die Partei zur Verbesserung ihres Kampfes gegen die beiden Flügel des Faschismus volle Klarheit in die letzte Einheit der Partei und darüber hinaus in die Massen des Klassenbewußten Proletariats über die bolschewistische Strategie tragen und schonungslos jede Tendenz einer liberalen Gegenüberstellung von Sozialfaschismus und Hitlerfaschismus, von bürgerlicher Demokratie und faschistischer Diktatur bekämpfen.

In den katholischen Bezirken ist die Überwindung der Schwächen im Kampf gegen das Zentrum und die christliche Gewerkschaftsbewegung, der im ersten Wahlgang stark vernachlässigt wurde, gleichfalls eine dringende Notwendigkeit.

IV.

Die Überwindung der im Wahlkampf erneut zutage getretenen, in den Beschlüssen des Februarplenums des ZK. festgestellten allgemeinen

Schwächen der revolutionären Massenarbeit

ist eine unbedingte Notwendigkeit, sowohl vom Standpunkt der verstärkten Offensive der Partei beim zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl und bei den darauf folgenden Parlamentswahlen in Preußen, Bayern, Württemberg, Hamburg. Anhalt wie auch überhaupt vom Standpunkt der Lösung

der strategischen Hauptaufgabe der Partei: Eroberung der proletarischen Mehrheit für den Kampf um die politische Macht.

Die Partei muß deshalb sowohl als Ganzes, wie auch in den einzelnen Bezirken, Unterbezirken, Zellen und Ortsgruppen, mit der Waffe der unverfälschten bolschewistischen Selbstkritik auf der Linie der ZK. Beschlüsse die zutagegetretenen Fehler, Mängel und Schwächen feststellen und unverzügliche Maßnahmen zu ihrer Überwindung ergreifen. Das Zentralkomitee verlangt diese offene Selbstkritik von allen Bezirksleitungen, von allen Leitungen der unteren Parteieinheiten, wie von den kommunistischen Fraktionen in den proletarischen Massenorganisationen. Die wichtigsten Schwächen, die sich im vergangenen ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl zeigten, sind:

a) Schwächen im Kampf gegen den imperialistischen Krieg;

Die Partei hat es nicht verstanden, die Tatsache, daß der imperialistische Krieg bereits begonnen hat und die akute Gefahr eines Interventionskrieges gegen die Sowjetunion immer drohender wird, in dem Maße in den Mittelpunkt des Wahlkampfes zu stellen, daß es gelungen wäre, den konkreten Massenwiderstand gegen die Kriegsvorbereitungen, gegen die Munitionslieferungen und Munitionstransporte auszulösen und zu organisieren. Hierbei ist vor allem auch ein teilweises Verlassen der Parteipresse, sowie der Agitationsarbeit zu verzeichnen. Aber selbst in den Bezirken, in denen von der Parteipresse eine erfolgreiche und von allen Schichten der Arbeiterschaft unterstützte Enthüllungskampagne über Kriegslieferungen und Kriegstransporte geführt wurde, bestand ein großes Mißverhältnis zwischen dieser Enthüllungskampagne und dem Zehnfachen tatsächlicher Kampfmaßnahmen (Etreits mit selbständigen Lohnforderungen) zur Verhinderung der Kriegslieferungen und -Transporte.

In enger Verbindung mit dieser Schwäche auf dem wichtigsten Gebiet der revolutionären Arbeit, gegen die die Partei das Hauptfeuer ihrer Selbstkritik zur Verbesserung richten muß, steht die ungenügende Auswertung der gigantischen Erfolge des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion im Gegensatz zum Nieder-

gang und Adulnisprozeß der kapitalistischen Welt, vor allem des kapitalistischen Deutschland.

b) Schwächen im Kampf gegen die Hungeroffensive der Bourgeoisie und die Durchführung der faschistischen Diktatur:

Wie im Kampf gegen den imperialistischen Krieg ist es der Partei auch im Kampf gegen die Hungeroffensive der faschistischen Politik der deutschen Bourgeoisie nicht gelungen, den Wahlkampf als außerparlamentarische Massenmobilisierung zu einer wirklichen Auslösung von Aktionen auszunutzen. Wir haben es nicht verstanden, uns an die Spitze aller Formen des Massenwiderstandes gegen die Unternehmerrangriffe und die Notverordnungs-diktatur zu stellen. Wir haben es nicht verstanden, die Kämpfe und Aktionen der proletarischen und luitigen werktätigen Massen für ihre Tagesforderungen auszulösen und zu führen und damit die Voraussetzung für die Überleitung dieser Kämpfe in den Kampf um den revolutionären Ausweg aus der Krise zu schaffen.

c) Schwäche der Betriebsarbeit

Es ist der Partei nicht gelungen, das Schwergewicht des Wahlkampfes in die Betriebe, vor allem in die Großbetriebe, zu verlegen, in der Führung der Kampagne vom Betrieb als politisch-organisatorischer Einheit auszugehen und die Rolle der Betriebszelle als des wichtigsten Organs der Partei auch nur annähernd zu erfüllen. Diese Schwäche ist eine der Hauptursachen für die mangelnden Erfolge im Kampf gegen die „Eiserne Front“.

d) Stärkstes Versagen in der Erwerbslosenarbeit

Die Partei hat die Direktive des ZK. über eine großzügige Wendung in der Erwerbslosenarbeit noch keineswegs zur Anwendung gebracht, sondern die Massenmobilisierungsarbeit unter den Millionenmassen der Erwerbslosen und Kurzarbeiter sowie ihren Angehörigen aufs stärkste vernachlässigt. In der Erwerbslosenarbeit der Partei und RGO. ist teilweise ein gewisser Bürokratismus und Schematismus eingerissen. Im Kampf gegen den Arbeitsbeschaffungsschwund des ADGB. haben die Partei und RGO. nicht verstanden, in richtiger Antizipation an die Arbeitsbeschaffungsforderungen der KPD. und in enger Verbindung dieses Kampfes um Arbeit und Brot unter politischen Losungen und Forderungen mit dem Kampf der Erwerbslosen gegen Unterstützungsrand und für die Erwerbslosenforderungen (Winterbeihilfe ufm.) eine wirkliche Massenmobilisierung der Millionen Erwerbslosen zu Massenaktionen und -kämpfen durchzuführen. Das Verlassen der Partei und RGO. auf diesem Gebiet erleichterte das Eindringen der Hitlerpartei in gewisse verzweifelte Schichten der Erwerbslosen und das Auftauchen sektiererischer und schein-

reduktionärer Stimmung im Land bei Teilen der mit uns sympathisierenden Gewerkschaften

e) Schwächen der RGO. und der innergewerkschaftlichen Arbeit

Es ist den Kommunisten in der RGO nicht gelungen die tief gestiegene Schwäche in der Frage der Sozialpolitik und der Erfüllung der Rolle der RGO neben der Partei und unter ihrer Führung im Rahmen der außerparlamentarischen Massenmobilisierung während des Wahlkampfes zu überwinden. Vor allem die große Schwäche der Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front war eine der Hauptursachen für das Scheitern der sozialdemokratisch-reformistischen Betriebsmanöver („Eiserne Front“, Arbeitsbeschaffungsschwindel, Kräfteanstrengung usw.). Die Mängel in der Arbeit der roten Verbände traten ebenfalls in einer ungenügenden Mobilisierung der Mitgliedschaft der roten Verbände für die Kampfkandidatur des Genossen Thälmann in Erscheinung

f) Vernachlässigung der revolutionären Einheitsfrontpolitik

In der Führung der Präsidentschaftswahlkampagne zeigt sich vielfach in Verbindung mit dem ungenügenden prinzipiellen

Kampf gegen die Sozialdemokratie und ihre Betrugsmanöver eine anerkennenswerte Schwäche in der Anwendung der Einheitsfrontpolitik von unten. Die rote Wahlhelferbewegung ist in den wenigsten Fällen zu einer breiten Einheitsfrontbewegung unter Heranziehung und Mobilisierung parteiloser und sozialdemokratischer Arbeitermassen ausgestaltet worden. Die Mängel in der Anwendung der Einheitsfrontpolitik von unten drücken sich auch auf dem Gebiete der Betriebs- und Erwerbslosenarbeit aus.

g) Schwächen in der Agitation und Propaganda

Die angeführten Schwächen auf den verschiedensten Gebieten der revolutionären Massenarbeit finden auch ihren Niederschlag in den Mängeln der Agitation und Propaganda. In der Einleitung des Wahlkampfes wurde der Vorstoß vor den gewerkschaftlichen Parteien, der durch die rechtzeitige Aufstellung der Klassenkandidatur der Partei gegeben war, nicht ausgenutzt, so daß ein Temporeverlust in der Massenmobilisierung eintrat und die Materialien der Partei z. T. verspätet in die unteren Einheiten gelangten. Unsere Klassenkandidatur und die Politik „Klasse gegen Klasse“ wurde zu schematisch behandelt und nicht mit den konkreten Tagesfragen genügend verbunden.

Gegenüber dem sozialdemokratisch-bürgerlichen Schwindel von der Wahlkandidatur Thälmann wurde die Bedeutung der

der Kampfkandidatur des Genossen Thälmann herauszuarbeiten und die breitesten Massen darüber aufzuklären.

Es gilt, diese Kampagne und die Kampagne zu den Präsidentschaftswahlen usw., die eng miteinander verbunden werden müssen, voll und ganz in den Dienst der außerparlamentarischen Massenmobilisierung zu kämpfen und Aktionen zu stellen. In den Mittelpunkt dieser Kampagne, wie der gesamten revolutionären Arbeit, muß der

Kampf gegen den imperialistischen Krieg

für die Verteidigung der Sowjetunion und Sowjetinas und gegen die Aufteilung Chinas durch die Imperialisten gestellt werden. Dabei muß das ganze Schwergewicht der revolutionären Massenarbeit auf die wirkliche Organisation des aktiven Widerstandes gegen Kriegslieferungen und Munitionstransporte gelegt werden. Hierbei gilt es zur Auslösung von Streiks in den durch die Kriegskonjunktur erfaßten Betrieben und Industriezweigen Lohnforderungen der Arbeiter aufzustellen, um den Kampf um diese Forderungen mit der revolutionären Bekämpfung der imperialistischen Kriegsvorbereitungen und Kriegsmassnahmen zu verbinden. Das Schwergewicht der Kampagne muß in den Betrieben und unter den Erwerbslosen liegen. Damit verbunden muß die Arbeit in den reformistischen und sonstigen Gewerkschaften, sowie unter den übrigen wertaktiven Schichten verstärkt in Angriff genommen werden. Der Kampfmobilisierung der proletarischen und wertaktiven Jugend muß größte Aufmerksamkeit von der Partei und vom KZVD geschenkt werden. Die ungenügende Berücksichtigung der Frauenarbeit durch die Gesamtpartei, die im Wahlscheitern des ersten Wahlganges ihren Ausdruck findet, muß schnellstens überwunden werden. Die entschlossene Anwendung der Einheitsfrontpolitik im Kampf, die Verschärfung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie und Hitlerpartei, sowie gegen das Zentrum müssen die bestehenden Schwächen auf diesen Gebieten beseitigen.

VI.

Die Feststellung dieser Mängel schwächt keineswegs die Tatsache ab, daß die Partei schon im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen teilweise erfolgreich abgeschritten, ihren stetigen Vormarsch fortsetzt, ihre Positionen innerhalb der Arbeiterklasse und der übrigen Wertaktiven gefestigt und erweitert hat. Um so fühner und entschlossener muß die Partei mit allen Kräften die bevorstehenden Kampagnen in Angriff nehmen.

In dem Maße, wie es der Partei gelingt, auf allen Gebieten die vorhandenen Schwächen und Mängel zu liquidieren, wird es ihr möglich sein, nicht nur bei den bevorstehenden Wahlkämpfen noch erfolgreich vorzustoßen, ihre Positionen zu behaupten und auszubauen, sondern darüber hinaus ihre revolutionäre Pflicht im Kampf gegen den imperialistischen Krieg, im Kampf gegen Hunger und Faschismus als Führerin der Arbeiterklasse und der Wertaktiven zu erfüllen, die Tageskämpfe der breitesten Massen auszulösen und zu führen und

sie in den revolutionären Massenkampf um den revolutionären Ausweg aus der Krise überzuleiten.

Kampfkandidatur der Kommunistischen Partei

keineswegs mit genügender Klarheit vor den Massen herausgearbeitet. Die Agitation und Propaganda, vor allem auch in der Presse, trug keinen genügend lebendigen und vollständigen Charakter. Der außerparlamentarische Mobilisierungskarakter unserer Wahlkampagne wurde auch infolgedessen vernachlässigt, als neben den notwendigen großen zentralen öffentlichen Kundgebungen die speziellen Versammlungen der Betriebe, der Stempelstellen und der besonderen Schichten der Wertaktiven (Angehörigen, Mittelständler usw.) nicht in genügendem Maße durchgeführt wurden. Dadurch vermochte die Partei den Wahlkampf nicht als wirkliche außerparlamentarische Massenmobilisierung zu kämpfen und Aktionen der einzelnen Schichten zu gestalten. Tiefe, in der Führung der Kampagne mit einigen Ausnahmen auftretende Schwäche hemmte die Partei in der Aufgabe, vor den breitesten Massen die Rolle der Partei als der Führerin der Arbeitermassen und der Wertaktiven in den Tageskämpfen, im Widerstand gegen die Kapitalsofsucht und die Hindenburg-Brüning-Senering-Diktatur, herauszustellen.

Während in der Massenagitation auf der einen Seite glänzende Beispiele der revolutionären Schichtarbeit geleistet wurden (Aufsorderung zur Wahl Thälmanns an hohen Fabrikchormeistern, Hausübergabe, Eisenbahnarbeiter usw.), ist unter Lebensnotwendigkeit trotz beständiger Verfolgung und terroristischen Überfällen durch SA-Korps, trotz massenhafter Verhaftungen der Arbeitermassen und Wahlhelfer usw., gab es auf der anderen Seite große Schwächen sowohl auf dem Gebiete der Massenagitation durch Ausschmückung der Arbeiterpartei mit Trans-

parenten und Fahnen, als auch vor allem in der großzügigen Entfaltung der massenmäßigen Kleinagitation.

Die Masseninitiative unter Führung der Betriebs- und Stempelstellen der Partei und der kommunistischen Fraktionen in den Massenorganisationen wurden nicht in genügendem Maße zur Entfaltung gebracht.

Zusammenfassend ergibt sich aus den angeführten Schwächen bei der Arbeit der Partei im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen eine Bestätigung der selbstkritischen Ueberprüfung der revolutionären Massenarbeit, wie sie auf dem Februarplenium des Zentralkomitees erfolgt ist. Alle Schlussfolgerungen, die das Februarplenium des ZK. aus den festgestellten Mängeln, Schwächen und Fehlern gezogen hat, gelten deshalb verstärkt auf Grund der Erfahrungen des ersten Wahlganges der Präsidentschaftswahl.

V.

Die Partei muß alle Kräfte anspannen, um bei der Durchführung der Kampagne im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen, sowie besonders zu den Parlamentswahlen in Preußen, Bayern, Württemberg, Hamburg und Anhalt die aufgezählten Schwächen weitgehend zu liquidieren.

Es gilt beim zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen mit aller Schärfe den Charakter

Antifaschistischer Generalappell!

Parole: Bis zum 3. April jede rote Massen selbstschützungsformation, jede Kampfbandstaffel fertig machen zur revolutionären Massenoffensive, gegen imperialistischen Krieg, Hunger und Faschismus Kameraden, Kameradinnen, Jugendkameraden!

Näher darum jede Minute bis zum 3. April zur Vorbereitung der roten Massenoffensive gegen die imperialistischen Kriegsverbrechen, für die Verteidigung der Sowjetunion und der chinesischen Sowjetgebiete, gegen faschistische Anschläge und Mordkriege, gegen die Diktatur der Finanzmagnaten und ihre Stützen, „Eiserne Front“ und Antifaschismus!

Hebt die Parole der roten Massenoffensive von Mund zu Mund — in allen Betrieben und auf allen Stempelstellen! Gebt die Parole in den Straßen der Wertaktiven — in jedem Haus — von Wohnung zu Wohnung! Auch ohne öffentliche Besammlung, auch ohne öffentliche Flugblattverbreitung darf unsere Arbeit zur Mobilisierung der Massen nicht vernachlässigt werden. Im Gegenteil! Sie muß gesteigert werden. Jeder muß zupacken! Wir müssen unsere Aktionen vervielfachen!

Müht jede Minute bis zum 3. April, um den roten Massen selbstschützungsformation und die Staffeln des Kampfbandes gegen den Faschismus zur roten Massenoffensive fertigzumachen!

Wir ermahnen:
Jede Formation des roten Massen selbstschützes!
Jede Staffel des Kampfbandes gegen den Faschismus
ferner jeder mit der Vorbereitung zum antifaschistischen Generalappell!

der am 3. April in jedem Ort in ganz Deutschland durchzuführen ist!

Die örtlichen Leitungen des roten Massen selbstschützes und des Kampfbandes legen gemeinsam für Sonntag, den 3. April, nachmittags oder abends ein geeignetes Lokal fest und melden den Generalappell bei der zuständigen Behörde an!

Jede Formation des roten Massen selbstschützes, jede Staffel des Kampfbandes nimmt in der Woche vom 27. März bis 2. April in Sitzungen der Leitungen und in Mitgliederversammlungen zur Vorbereitung des Generalappells und der roten Massenoffensive Stellung und faßt konkrete Beschlüsse zur Durchführung der Arbeit!

Trefft alle Vorbereitungen für den roten Besammlungskampf, der am 4. April beginnen und alle Wertaktiven in Betrieben und Stempelstellen, in allen Städten und Dörfern Deutschlands einmünden muß! Kein Betrieb, keine Stempelstelle, keine Stadt, kein Dorf, kein Haus, keine Arbeiterwohnung ohne Besammlung, ohne antifaschistisches Werbematerial, ohne feste organisatorische Stützpunkte!

Die fünf Millionen Thälmann-Wähler vom 13. März müssen Massen selbstschützungs- und Kampfbandkameraden werden und helfen, neue Millionenmassen zu mobilisieren!

Jedem Kampfbandkameraden, jedem Massen selbstschützungsformation eine bestimmte Aufgabe! Jede Kampfbandstaffel, jede rote Massen selbstschützungsformation einen konkreten Sturmplan für die revolutionäre Massenoffensive!

In jedem Sturmplan die Eroberung und Mobilisierung der Betriebe im Vordergrund!

Die Formations- und Staffelleitungen erstatten beim General-

appell Bericht über die Stimmstärke und die bereits durchgeführten Arbeiten!

Kameraden, Kameradinnen, Jugendkameraden!
Nur unbeugsamer vorwärtsstürmender Kampfwille, stahlharte Entschlossenheit und zahllose revolutionäre Arbeit eines jeden von

Schlagt die elenden SPD.-Betrüger

SPD.-Arbeiter, fällt auf diese Manöver nicht mehr herein!

Gleimwig. Am Dienstag wurde hier der Parteitag der oberpreussischen Sozialdemokratie abgehalten. Auf diesem Parteitag der Unverantwortlichen und professionellen Arbeiterverräter, gelangte der nachstehende bürgerliche Antrag zur Annahme:

„Der Parteitag wolle beschließen: Auf Grund der andauernden Ueberfälle von SA-Formationen auf Republikaner und Andersgesinnte verlangt der Parteitag von der Reichsregierung die Schließung aller SA-Häuser (Braunen Häuser) und das Verbot der SA- und SS-Formationen der NSDAP.“

Das die Stellung, Pawellek und Co. ganz gemeine Betrüger sind, dafür haben uns die SPD. selbst ein neues Argument.

SPD.-Führer gegen SA-Verbot!

Die Lübecker Bürgerschaft nahm am 22. März u. a. Stellung zu einem Antrag der kommunistischen Fraktion, der die Schließung der Lübecker SA-Kaserne und das Verbot der SA und SS im Freistaat Lübeck forderte.

Unter dem Druck der Massenempörung gegen den Terror der Nazis mußten die SPD.-Vertreter der Schließung der SA-Kaserne zustimmen.

Das Verbot der SA und SS lehnten die SPD.-Führer ab!

Die Schließung der SA-Kaserne hat ohne ein gleichzeitiges Verbot der SA selbstverständlich gar keine Wirkung. Es wird eben mit dem Geld der Kapitalisten ein paar Häuser weiter eine neue Kaserne errichtet, wie das in anderen Städten schon oft genug geschehen ist. Den SPD.-Arbeitern aber wird ein Beispiel für den „Kampf“ ihrer Führer gegen den Faschismus gegeben. Deutlich zeigen diese Führer, daß ihnen an einem Verbot der SA gar nichts liegt. Die Lübecker SPD.-Bürgerschaftsmitgliedern haben dieselbe Stellung wie Herr Sebering bezogen, der auch an ein Verbot der SA gar nicht denkt.

Und diese Herren wagen es, zu behaupten, die „Eiserne Front“ bekämpfe den Faschismus! Ihre Taten zeigen, daß ihre Front die

auch verbürgt die festgesetzte Durchführung der revolutionären Massenoffensive!

Der Antikriegstag am 6. April, die Präsidentschaftswahl am 10. April, der Reichserwerbslosentag am 19. April und die Länderwahlen am 24. April müssen Zeugnis ablegen von unserem firmen unaußhaltbaren Vormarsch im Kampf um Arbeit, Brot, Frieden, Freiheit, Sozialismus!

Der antifaschistische Generalappell am 3. April ist der Auftakt!

Unsere Parole:
Jede Formation des roten Massen selbstschützes, jede Kampfbandstaffel am 3. April beim Generalappell sturmbereit antreten zur Eröffnung der revolutionären Massenoffensive!
Sturmbereit!

Die Reichsleitung des Kampfbandes und der Kampfbandjugend gegen den Faschismus.

Front des Kapitals ist. Deshalb sammeln sich alle Arbeiter in der roten Einheitsfront unter Führung der SPD! Nur der gemeinsame Kampf aller Arbeiter unter kommunistischer Führung kann den Sozialismus schlagen!

Die sozialdemokratischen Arbeiter werden am 10. April ihre Stimme dem proletarischen Klassenkandidaten Ernst Thälmann geben, weil sie nur so ihren wirklichen antifaschistischen Kampfwillen bekunden können. Am 24. April werden diese Klassenkämpfer für die Liste der SPD. eintreten und somit ihre Kampfparade gegen das Braun-Severing-Preußen, für ein rotes Preußen in einem freien, sozialistischen Mitteleuropa demonstrieren.

Ernst Thälmann an die Betriebszellen!

„Es darf keinen Beschluß der Partei geben, keine Resolution, keinen Plan bei einer Kampagne, bei deren Ausarbeitung die betreffenden Genossen sich nicht als erstes die Frage vorlegen: Welche Bedeutung hat dieser Beschluß für die Betriebszellen und ihre Arbeit? Welche Aufgaben ergeben sich aus diesem Beschluß für die Betriebszellen? Welche Möglichkeit kann man bei dieser Frage den Betriebszellen einräumen?“

(Genosse Thälmann auf der Plenartagung des ZK. der SPD., Februar 1932.)

Kein Land, in dem ähnliches mehr

Die erste Sowjetkugellagerfabrik

Moskau, 29. März. Die erste Sowjetkugellagerfabrik, die größte der Welt, wurde in Betrieb gesetzt. Diese Fabrik wuchs auf einem Platz Moskaus im Laufe von zwölf Monaten empor. Sie wird eine Jahresleistung von 24 Millionen Kugellagern haben. Die Fabrik ist nach dem letzten Wort der westeuropäischen und amerikanischen Technik eingerichtet. Sie besitzt Maschinen, die in den größten kapitalistischen Ländern eine Seltenheit sind. Die Fabrik wird 15.000 Arbeiter beschäftigen. Bereits jetzt besitzt die Fabrik über 1000 Maschinen und es arbeiten in ihr ungefähr 10.000 Arbeiter und Angestellte. Im Laufe von fünf Monaten entstand neben der Fabrik eine Arbeiterstadt aus fünfstöckigen Häusern, von denen drei Häuserblöcke bereits bewohnt sind und sechs in der nächsten Zeit fertig sein werden. Eine Großküche steht vor ihrer Vollendung. Es werden ein Theater, ein Kaufhaus, ein Kino, ein Klub, Schulen, Kinderkrippen usw. gebaut. Die Arbeiter der Fabrik werden in einer sozialistischen Stadt mit Parkanlagen, Straßenbahnhöfen, asphaltierten Straßen wohnen. Die Arbeiter, Ingenieure, Techniker und Angestellten der Fabrik weisen in ihrem Bericht an die Genossen Stalin, Kaganowitsch, Molotow, Ordzhonikidze und den Vorsitzenden des Moskauer Rates, Genossen Fuganin, richtig darauf hin, daß die Inbetriebnahme der Fabrik ein wichtiger Sieg der Partei und der gesamten Arbeiterklasse ist.

Griechenland zahlungsunfähig

Athen, 29. März. Die zurückgetretene Regierung Venizelos hat die Regierungsgeschäfte wieder übernommen. Die Regierung hat die internationale Finanzkommission davon in Kenntnis gesetzt, daß Griechenland ab 1. April die Tilgung der Auslandsschulden einstellen und die Zinszahlung anstatt in Goldpfunden nunmehr nur noch in Papierpfunden leisten wird.

Chile gibt Goldstandard auf

L. London, 29. März. Der Senat von Chile hat mit 17 gegen sechs Stimmen dem Gesetzentwurf über den Verzicht Chiles auf den Goldstandard zugestimmt.

Unabhängige Sozialistische Arbeiterpartei in Holland

Amsterdam, 28. März. Um die sich von der sozialdemokratischen Vertreterpolitik abwendenden Arbeiter aufzufangen, hat Edo Timmer in Anwesenheit von etwa 400 Personen eine Unabhängige sozialistische Arbeiterpartei gegründet, die sich an die S.P.R. anlehnen wird.

Unabhängige Arbeiterpartei wird liquidiert

L. London, 29. März. Nach einer langen und lebhaften Aussprache hat die Jahresversammlung der Unabhängigen Arbeiterpartei in Bradford die „bedingungslose Verbindung“ mit der offiziellen Arbeiterpartei mit 250 gegen 53 Stimmen angenommen, wobei die Möglichkeit von Verhandlungen zwischen den beiden Gruppen über die Fragen der Parteifusion, des Programms usw. offen gelassen wurde. Ein Antrag auf völlige Trennung war mit 153 gegen 144 Stimmen und ein Antrag auf bedingungslose Verbindung mit der offiziellen Arbeiterpartei mit 211 gegen 98 Stimmen abgelehnt worden.

13 Mitglieder einer spanischen terroristischen Organisation, die sich die Ermordung führender japanischer Persönlichkeiten zum Ziele gesetzt hatten, sind vor ein Strafgericht gestellt worden, darunter auch die Mörder des früheren Ministerpräsidenten Hamaguchi, des Finanzministers Junone und des Barons Takuma.

Kommunistische Weltmacht im Kampfe gegen den Krieg

Französische Kriegsmatrosen meutern

(21.) Paris, 29. März. Auf dem französischen Kreuzer „Primauguet“, der in den ersten Apriltagen von Toulon nach dem Fernen Osten in See gehen soll, hat sich seit einiger Zeit unter den Matrosen eine starke kommunistische Propaganda breitgemacht, die das Kriegsministerium nunmehr zu durchgreifenden Maßnahmen gezwungen hat. Die „Humanité“ meldet, daß über die Hälfte der Besatzung des Kreuzers durch neue Matrosen ersetzt worden sei, über deren politische Einstellung man sich vorher genau vergewissert habe. Der Kommandant des Schiffes, ein Admiral, sei durch einen anderen ersetzt worden, weil er angeblich nicht mit der genügenden Energie durchgegriffen habe.

120 000 Pariser Arbeiter demonstrieren gegen Polizeimord und imperialistischen Krieg

Paris, 29. März. Das Begräbnis des vor einigen Tagen von der Pariser Polizei erschossenen erwerbslosen Bauarbeiters Jettich gestaltete sich zu einer wuchtigen Kampfdemonstration der Pariser Arbeiterklasse gegen diesen Polizeimord, den Krieg im

Fernen Osten und die Interventionsvorbereitungen der Imperialisten gegen die Sowjetunion. Unter den Rufen „Mörderregierung!“, „Nieder mit dem imperialistischen Krieg!“, „Es lebe die Sowjet!“ und unter dem Gesang der „Internationale“ und der „Jungen Garde“ demonstrierten an 120.000 Arbeiter über vier Stunden lang durch die Straßen von Paris. Der von den Einheitsgewerkschaften der Bau- und Holzarbeiter proklamierte 24stündige Proteststreik wurde fast einmütig durchgeführt.

Klostersturm in Spanien

Madrid, 29. März. In der Provinz Malaga wurde in Antequera der Generalstreik ausgerufen. Die militärische Besetzung der Stadt führte zu großen Demonstrationen, in deren Verlauf sich Barakken und Kapelle entwickelten. Die Masse steckte zwei Klöster, Zwingsburgen der christlichen Ausbeuter des spanischen Volkes in Brand, von denen eines bis auf die Grundmauern niederbrannte, weil die Feuerwehr von den Demonstranten nicht an den Brandherd herangefahren wurde. Bei den Kämpfen wurde ein Arbeiter getötet und viele Soldaten verwundet.

Aufstand auf Korea

Tokio, 29. März. Auf Korea wird eine starke kommunistische Propaganda gegen die Vancoren der Mandchurien durch Japan betrieben, die sehr erfolgreich ist, weil die Koreaner die blutige Eroberung ihres Landes durch Japan nicht vergessen haben und der Kampf gegen den Raubkrieg in der Mandchurien mit ihrem eigenen nationalen Freiungskampf zusammenfällt. In verschiedenen Städten kam es zu großen Aufrührerbewegungen. Japan hat starke Truppenabteilungen entsandt.

Massenverhaftungen in Japan

Tokio, 29. März. In der Präfektur, wo die Bauern unter dem Einfluß der revolutionären Bauernorganisation stehen, wurden 20 junge Bauern verhaftet. Gegen sie wurde wegen der Zugehörigkeit zum kommunistischen Jugendverband Anklage erhoben.

Die Polizei nimmt unter der werktätigen Intelligenz, die mit der linken Föderation der proletarischen Kulturorganisationen in Verbindung steht, Massenverhaftungen vor. Diese Föderation vereint die Organisationen der linken Schriftsteller, Künstler, Schauspieler, Lehrer, Gottlosen usw. Die Verhafteten werden der Verbindung mit der kommunistischen Partei angeklagt nachdem die Föderation einen Aufruf mit Kampfslogans gegen den imperialistischen Krieg herausgegeben hat.

Revolutionäre Herzen der 19. Armee

Schanghai, 29. März. Auf Befehl des Kommandos der 19. Armee wurden in Ganshan sechs Mitglieder einer japanischen Soldatenorganisation hingerichtet, weil sie revolutionäre Propaganda betrieben haben.

Die Soldaten der 19. Kantoner Armee haben eine Gesellschaft zur Unterstützung der verwundeten Soldaten organisiert und halten im Spital des roten Kreuzes eine Kanngabe ab, bei der die Auszahlung des rückständigen Soldes für die vergangenen Monate sowie ein Rechenschaftsbericht über die Verwendung der von der Bevölkerung für die 19. Armee gesammelten Mittel in Höhe von über 3 Millionen Dollar geleistet wurde. Die Demonstranten verlangten ferner Entschädigung für die

Kriegsinvaliden und ihre Angehörigen. Die Soldaten weigerten sich das Spital zu verlassen, bevor ihre Forderungen erfüllt werden. Die französische Polizei verhaftete elf Soldaten, die sie den chinesischen Behörden auslieferte.

Gegen das Henkerurteil an acht Negern

Newport, 29. März. Die Verteidiger der Jungnegern von Scottsboro, die im Austrage der J.R. vorgehen, legten bei dem Obersten Gerichtshof von Alabama Berufung gegen das von diesem Gericht gefällte Todesurteil gegen die Jungnegern ein. Wird die Berufung verworfen (was aller Wahrscheinlichkeit nach der Fall sein wird), so steht den Verteidigern noch eine juristische Möglichkeit offen: die Berufung bei dem Obersten Gerichtshof der USA.

Es ist kein Grund anzunehmen, daß die oberste Gerichtshof der amerikanischen Bourgeoisie den Jungnegern gegenüber mehr „Gerechtigkeit“ wird walten lassen, als gegenüber Sacco und Banzetti. Das einzige, was diese Opfer der amerikanischen Unjustiz zu retten vermag, ist eine wuchtige internationale Protestaktion gegen das Henkerurteil für die Jungnegern von Scottsboro.

Keine Frühjahrskonjunktur in USA.

New York, 29. März. Aus den Erklärungen des Präsidenten des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, Green, geht hervor, daß acht Millionen Menschen in den Vereinigten Staaten arbeitslos sind und daß entgegen den Errechnungen in früheren Jahren der Beginn des Frühjahrs sich auf dem Arbeitsmarkt noch nicht auswirkt hat. Nur etwa 300.000 Arbeitslose seien im Februar wieder in den Arbeitsprozeß eingetreten, gegenüber 700.000 im letzten Jahre.

In Wirklichkeit ist die Zahl der Arbeitslosen noch entscheidend höher.

Protest vor japanischer Botschaft

Washington, 29. März. Vor dem Gebäude der japanischen Botschaft in Washington fand eine Demonstration revolutionärer Arbeiter statt, die gegen den Krieg im Fernen Osten protestierten. Die Demonstranten trugen Fahnen und Transparente mit zahlreichem Slogans wie: „Nieder mit dem japanischen Imperialismus!“, „Wir wollen Brot und keinen Krieg!“ usw.

Sowjets an der Grenze Indiens und Chinas

Reportagen - Serie
aus der Sowjetpublik Tadschikistan

Zweifarbendruck von Tashkent

Graue Farbe: Die Stadt Tashkent ist von den kaiserlich russischen Kolonialisten — die „Herren Tschikents“ nannte sie der Klassiker Saltilow-Schtschedrin in seinem gleichnamigen Roman — in ein europäisches Settlement und ein Eingeborenenviertel geteilt worden. In der Europäerstadt residierte der Gouverneur, gewöhnlich ein abgesetzter General, wie Kuropatkin, der gegen die Japaner seine Unfähigkeit bewies, Samsonow, der 1915 seine Soldaten in die mährischen Sümpfe jagte, und andere, die ihre als Kriegsmänner ererbten Scharten durch Härte gegen die Usbeken auszuweihen versuchten. An seiner Erzelenz Seite walteten ihm verwandt durch Stamm und Sinn, die Vertreter des heiligen Snrod, der Banken, der Zivilbehörden und der Baumwollfirmen. Die Altstadt aber, Getto der Usbeken, hatte in einer Distanz von zwei Kilometern abseits zu liegen, und war ein jämmerlich vernachlässigter Bezirk.

Rote Farbe: Am den fließenden Zwischenraum auszufüllen, werden jetzt fast alle Neubauten, deren die rasend emporstiehende Hauptstadt bedarf, in der Altstadt aufgeführt. Fabriken, Arbeiterhäuser, Konsumgenossenschaften, Klubs.

Graue Farbe: Trakdem unterscheiden sich die Straßen der Altstadt noch immer kilometerweit durch nichts von den Negerdörfern der nördlichen Sahara, durch nichts von den schmutzigen Außenbezirken von Tunis. Hier wie dort die endlose feinstreuliche Wand aus Lehm, der mit dem Urin der Kamele vermischt, von den Händen der Menschen angeflattelt, von der Hitze der Sonne gebadet und vom Zahn der Zeit zerbröckelt ist. Im ersten Stockwerk ein freigelegener Raum als Veranda, zu ebener Erde Küchen, darin ein Hufschmied hantiert, ein Kafeur, ein Sattler oder ein Brezelbäcker. Die Moskheen strafen alle Archi-

tektur, für den Profanbau blieb nicht einmal ein Ornamentchen, nicht ein Ziegeldach übrig.

Rote Farbe: Jetzt erst wird das eintönige Gemäuer durch neue Häuser unterbrochen. Eine Straßenbahnrampe und das Gebäude des Frauenklubs (Kinderkrippe, Säuglingsfürsorge, Mutterlehre, Aufklärungsarbeit) sind errichtet, eine große Drucker, ein Technikum für Genossenschaftswesen, eine Filiale des Moskauer Zentralinstituts der Arbeit, eine gynäkologische Klinik, ein medizinisches Technikum zur Ausbildung von Krankenschwestern, Pflegerinnen, Hebammen, von Hilfsarbeitern für Apotheken, Unfallstellen und Prophylaktorien. Die Moskhee Scheich Antaur ist Aufnahmehalle der Filmfabrik „Stern des Ostens“ geworden — in Hollywood macht man aus den Aufnahmehallen der Filmfabriken Moskheen. Im Garten der Ermolow spielen junge Usbeken Tennis, am Rand des Bassins steht ein rotes Teehaus. Das usbekische Nationaltheater trägt den Namen des Dichters und Komponisten Chalikmadje Hamla, der

Graue Farbe: 1926 im Tal von Fergana wegen seiner freigeistigen Poesie von religiösen Fanatikern erschlagen wurde.

Rote Farbe: Bei der Aufführung des Dramas „Der erste Piffi“ von Muntaz setzte sich ein junger Mann neben uns, um uns, den einzigen Europäern im Zuschauerraum die Bühnenvorgänge ins Russische zu übersetzen. Er tat das kritisch, und um so größer war unsere Ueberraschung, als er sich im Laufe der Unterhaltung als der Autor herausstellte. Gerufen wurde er nicht, obwohl das Stück allein außer ihm gefiel. Er war weniger aufgeregt als der Zuschauer bei dieser seiner ersten Premiere, in diesem Augenblick seines Eintritts in die usbekische Theatergeschichte. Das Stück spielt unter Baumwollbauern, und sein Thema sind

Graue Farbe: ... die Mächenschaften der Kulaken und der mit ihnen verbundenen Schädlinge, die sich ihre Aufnahme in die kommunistische Partei erschlichen haben. (Zum Unterschied von anderen Schädlingsskandalen auf den sowjetrussischen Bühnen tritt hier kein Pflaße als Bundesgenosse der Kulaken auf.) Die Reaktionäre dängen Banditen, um die Führer des Stotrupps zu ermorden, und die Baumwollfabrik in die Luft sprengen zu lassen.

Rote Farbe: Aber die G.M. greift ein, da schon der Vorstahl blinkend die Luft durchfährt, die G.M. greift ein, da die Lunte bereits glimmt, und jubelnd, minutenlang jubelnd —

„bis“, „bis“ — quittiert das keineswegs nur kommunistische Publikum dieses Einbreiten.

Graue Farbe (außerhalb des Rahmens um unseren Zweifarbendruck): Der Besucher aus dem Westen wirft die Frage auf: warum könnte es kein europäischer Dramatiker wagen, die Politische Polizei eines Landes, etwa die „Abteilung IA“ in Deutschland, die „Siguranza“ in Rumänien, die „Defensiv“ in Polen, die doch alle das Prinzip ihres Staates vertreten, sympathisch auf die Bühne zu stellen? Der Besucher aus dem Westen wirft die Frage auf, warum alle diese energisch haltserhaltenden Behörden geheime Verbände sind.

Rote Farbe: ... während die G.M. bei der Matinee oder bei der Stobereier begeistert bejubelt wird, fast in jedem Haus das Bild ihres Gründers Nischkiniski hängt, Schulen, Fabriken, Klubs sich nach ihm nennen.

Graue Farbe: Im Theater Hamla sitzen viele Frauen mit dem Tschadschwan, einem Schleier aus Pferdehaaren.

Rote Farbe: Sie sehen auf der Bühne Frauen ihres Stammes, die ihre Sprache sprechen, ihre Lieder singen und kein Schutzschild vor dem Antlitz tragen. Und die Geschleierten Klatschen den Unverschleierten Beifall.

Graue Farbe: Dabei muß man wissen, daß es in Usbekistan noch Gegenden gibt, wo Frauen, die sich ohne Tschadschwan zu zeigen wagen, gesteinigt werden. — Neben einer der verschleierten Theaterbesucherinnen sitzt ihre Tochter.

Graue Farbe: Wie ihre Mutter ist sie in das Nationalgewand, Farandische, gefüllt, das vom Kopf bis zu den Knöcheln reicht, aber sie ist nicht verschleiert.

Rote Farbe: Und das Mädchen neben ihr — Freundin? Schwester? — hat kurzes Haar, europäische Kleidung. Viele junge Usbekinnen und Tadschikinnen tragen schon die olivengrüne Uniform der Komsoleten.

Graue Farbe: Auf der Hauptstraße der Altstadt schaut eine Gruppe von Frauen durch das Roghaarbild zu...

Rote Farbe: ... wie ein Auto von einer Frau angeführt wird. Tschadschwan und Automobile schützen gleichermogen vor dem argen Staub Tashkents, aber die Autorille nimmt man ab, wenn man sie nicht braucht.

(Fortsetzung folgt.)

